



MEHR GRÜN FÜR STADT UND KREIS

Kommunalwahlprogramm 2019–2024
für Stadt und Landkreis Kaiserslautern

INHALT

PRÄAMBEL.....	4
1. FÜR EINE OFFENE UND VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT.....	5
1.1 Flucht und Migration begegnen - Integration gestalten.....	5
1.2 Inklusion ermöglichen.....	6
1.3 Partizipation von Kindern und Jugendlichen fördern.....	6
1.4 Jugendsozialarbeit weiterentwickeln.....	7
1.5 Kindertagesstätten, die allen gerecht werden.....	7
1.6 Angebote für Senior*innen.....	8
1.7 Wohnen - selbstbestimmt und bezahlbar.....	8
1.8 Mitbestimmung und Transparenz – Bürger*innen aktiv einbinden.....	9
2. STADTENTWICKLUNG – VIELFÄLTIGES URBANES LEBEN IM GRÜNEN.....	11
2.1 Integrierte Planung für Klimaschutz und Anpassung an die Klimaerhitzung.....	11
2.2 Lebendige Innenstadt und eine Stadt der kurzen Wege.....	11
2.3 Ruhig und zentral wohnen in guter Nachbarschaft.....	12
2.4 Öffentlichen Raum mit Qualität gestalten und kreativ nutzen.....	12
2.5 Gewerbeflächen auf Konversionsflächen ausweisen.....	13
2.6 Wissenschaftsstandorte integrieren.....	13
2.7 Pfaff-Gelände gemäß Rahmenplan entwickeln.....	14
2.8 Schutz vor Starkregen: Die Schwammstadt – Sponge City.....	14
3. ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS.....	16
3.1 Integrierte Planung für Klimaschutz und Anpassung an die Klimaerhitzung.....	16
3.2 Erhalt kritischer Infrastruktur in den Orten.....	16
3.3 Öffentlichen Raum mit Qualität gestalten und kreativ nutzen.....	16
3.4 Gewerbeflächen auf Konversionsflächen ausweisen.....	17
3.5 Schutz vor Starkregen.....	17
4. SCHUTZ FÜR DIE UMWELT – MEHR LEBENSQUALITÄT FÜR DEN MENSCHEN.....	18
4.1 Stadtgrün.....	18
4.2 Waldwirtschaft im Stadtgebiet.....	19
4.3 Natur schützen und entwickeln.....	19
4.4 Müll vermeiden und verwerten.....	20
4.5 Umweltgifte kontrollieren und reduzieren.....	21
4.6 Lärmbelastung verringern.....	22
4.7 Neue Wege gehen.....	22

5. REGIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK.....	24
6. KLIMA SCHÜTZEN, REGION STÄRKEN.....	26
6.1 100% Klimaschutz – Ziele für Kaiserslautern.....	26
6.2 Klimaneutraler Landkreis.....	26
6.3 Gemeinsam ans Ziel – lokale Kompetenzen nutzen.....	27
6.4 Private Sanierungen anstoßen.....	27
6.5 Öffentliche Gebäude als Vorreiter für ökologische Qualität am Bau.....	28
6.6 Zukunftsfähige Energiewirtschaft für Stadt und Region.....	29
6.7 Fernwärmeversorgung optimieren.....	30
6.8 Energie intelligent nutzen.....	30
6.9 Elektro-Mobilität für saubere Luft und eine ruhige Stadt.....	31
7. MOBIL IN STADT UND KREIS - ATTRAKTIV UND ÖKOLOGISCH.....	32
8. MILITÄRPRÄSENZ STETIG REDUZIEREN.....	36
9. GANZHEITLICHE VERSORGUNG FÖRDERN – GESUNDHEIT STÄRKEN.....	38
9.1 Daseinsvorsorge für stationäre und ambulante ärztliche Versorgung.....	38
9.2 Ausbildung von Gesundheitsfachberufen fair gestalten.....	39
10. BILDUNG, WISSENSCHAFT, KULTUR.....	40
10.1 Bildung als Grundlage fürs Leben.....	40
10.2 Wissenschaftsstandort Kaiserslautern nutzen.....	42
10.3 Kulturelle Vielfalt erhalten.....	43
10.4 Freizeit und Sport schaffen Lebensqualität.....	44
11. DIGITALISIERUNG MIT MUT UND AUGENMASS.....	45
11.1 Infrastruktur-Ausbau beschleunigen.....	45
11.2 Digitale Demokratie leben.....	46
11.3 Potentiale von Open Data nutzen.....	47
11.4 Digitale Bürgerdienste anbieten.....	48
11.5 Digitale Bildung voranbringen.....	48
12. FINANZEN UND HAUSHALT.....	49

PRÄAMBEL

Liebe Wählerinnen und Wähler in der Stadt und im Landkreis Kaiserslautern,

am 26. Mai 2019 werden die Weichen für politische Entscheidungen in unseren Kommunen und im Europäischen Parlament neu gestellt.

Wir stehen vor großen Herausforderungen.

Die Klimakrise und ihre Folgen sind spürbar auch in der Westpfalz. Dürresommer und Hitze haben uns das erneut vor Augen geführt. Im Frühling waren Starkregenereignisse und Überflutungen zu beobachten. Die Folgen der globalen Erwärmung für jede und jeden von uns sind nicht mehr zu bestreiten. Die Überflutung von Turnhallen, Kellern und Wohnräumen hat vielen Menschen viel Arbeit und Sorgen beschert.

Rechtspopulist*innen halten Einzug in unsere Parlamente und versuchen, teilweise mit erschreckendem Erfolg, unsere Gesellschaft zu spalten.

Angesichts der Aufgaben der Zukunft wollen wir aber nicht verzagen, wir wollen handeln!

Informationen zu den europapolitischen Themen der GRÜNEN finden Sie in unserem Europawahlprogramm.

Wie wir die Stadt und den Landkreis Kaiserslautern gestalten, wie wir vor Ort für den Erhalt und die Verbesserung unserer ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen kämpfen wollen, das stellen wir Ihnen in diesem Programm vor.

Wir GRÜNE bitten Sie, am 26. Mai wählen zu gehen!

1. FÜR EINE OFFENE UND VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Antrieb und Ziel GRÜNER Politik ist die Schaffung und Bewahrung einer offenen Gesellschaft. Hierfür ist die Voraussetzung, dass alle Menschen, die hier leben und leben möchten, ein Recht auf Beteiligung und auf ein Leben in Würde haben. Für uns gilt es einerseits, Beteiligungsmöglichkeiten und gleiche Rechte für alle auszubauen, andererseits aber auch, bisher Erreichtes zu verteidigen. Wir leben in einer Zeit, in der autoritär-nationalistische Diskurse und gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungsmuster immer präsenter in der politischen Auseinandersetzung werden. In einer Zeit, in der ein kleiner, aber lauter Teil der Bevölkerung Wut und Verachtung gegen all jene, die anders leben und anders denken als sie selbst, in einer zuvor kaum für möglich gehaltenen Hemmungslosigkeit artikuliert.

Wir GRÜNE setzen dieser Wut unseren Mut und der Verachtung des Fremden die Achtung der Vielfalt entgegen. Wir kämpfen gegen fatalistisch-rückwärtsgewandte Gesellschaftsentwürfe und stehen für eine progressive, gestaltende und optimistische Politik. Damit die Gesellschaft nicht nur offen bleibt, sondern noch offener und vielfältiger wird.

1.1 Flucht und Migration begegnen - Integration gestalten

Eine offene Gesellschaft wird von Migration bereichert und ist solidarisch mit Geflüchteten.

Wir sind davon überzeugt, dass kein Mensch freiwillig flieht. Viele unserer Großeltern mussten fliehen und sind bis heute dankbar für die Hilfe, die ihnen entgegengebracht wurde. Geben wir auch anderen Menschen die Chance wieder ein Leben in Frieden zu führen. Krieg, Gewalt, Klimakrise und Vertreibung machen Millionen Menschen das Leben zur Hölle. In Zeiten rekordverdächtiger Temperaturen und außergewöhnlicher Dürreperioden werden ganze Landstriche unbewohnbar und immer mehr Menschen verlieren ihre Heimat. Deutsche Waffenlieferungen in politische Krisenregionen eskalieren politische Konflikte und sind deshalb für Bürgerkriege mitverantwortlich.

DIE GRÜNEN stehen für die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der UN Menschenrechtscharta. Es gilt, das Leben von Geflüchteten zu schützen und dazu beizutragen, dass sie ein menschenwürdiges Leben führen und ihr Schicksal wieder in die eigene Hand nehmen können. Wir setzen uns dafür ein, dass auch hier vor Ort weiterhin Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Gewalt oder Hungersnot sind, Schutz

und Heimat finden.

Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen auf Einwanderung angewiesen ist, sondern dass diese uns auch kulturell bereichert und offener werden lässt. In diesem Sinne gilt für uns: keine Toleranz der Intoleranz!

Dank vieler helfender Hände – ehrenamtlich und professionell – gelingt Integration bei uns vor Ort ohne größere Verwerfungen. Diesen Prozess wollen wir auch in Zukunft positiv begleiten.

1.2 Inklusion ermöglichen

Eine offene Gesellschaft ist inklusiv.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der es normal ist, verschieden zu sein und zu der alle Zugang haben. Unabhängig von Behinderung, Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Alter oder Elternhaus: Wir bauen die Barrieren ab. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Freiheitsrechte, Teilhabechancen und Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens haben.

Deshalb betrachten wir die Inklusion von behinderten Menschen als eine wichtige, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die eines sensiblen Umgangs bedarf. Wir legen besonderes Augenmerk darauf, die Betroffenen beim Abbau von Barrieren mitzunehmen. Dies bedeutet für uns, dass wir sie als Expert*innen in eigener Sache beteiligen wollen und nicht über deren Köpfe hinweg entscheiden werden.

Ein zentrales Instrumentarium hierfür sind Inklusionsbeiräte. Einen solchen haben wir gemeinsam mit anderen Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Stadt Kaiserslautern auf den Weg gebracht. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Implementierung dieses Beirates zügig und nachhaltig vonstatten geht und unterstützen es ausdrücklich, wenn sich Betroffene kritisch in den politischen Prozess einbringen.

1.3 Partizipation von Kindern und Jugendlichen fördern

Eine offene Gesellschaft fördert Kinder und Jugendliche und lässt sie partizipieren.

Jugendliche sind die jungen Erwachsenen von morgen und so sollten sie auch behandelt werden. Wir wollen uns gegen die übermäßige Bevormundung von Jugendlichen stellen und ihnen Raum bieten, sich selbst einzubringen, um diese Gesellschaft mitzugestalten. Deshalb fordern wir für die Stadt Kaiserslautern die Wiedereinrichtung einer Jugendvertretung, die von den Jugendlichen direkt gewählt wird, sowie die Wiederbesetzung einer begleitenden Stelle für die Jugendvertretung.

Um zu selbstbewussten Erwachsenen heranzuwachsen, brauchen Kinder und Jugendliche aber vor allem auch Freiräume. Es müssen weiterhin und vermehrt Möglichkeiten für Jugendliche zur Verfügung stehen, um sich auszuprobieren. So müssen zum einen die Jugendeinrichtungen und Programme gefördert und geschützt werden, des Weiteren fordern wir aber auch ein klares Bekenntnis zur Jugend auf öffentlichen Plätzen und im Stadtbild.

1.4 Jugendsozialarbeit weiterentwickeln

Alle Kinder und Jugendliche brauchen einen niederschweligen Zugang zu Bildung und Freizeitangeboten, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

Besonders in schwierigen Phasen brauchen junge Menschen Rückzugsorte und Menschen, denen sie sich anvertrauen können. Eine starke Jugendsozialarbeit, die vor Ort ist und unbürokratisch und schnell Hilfestellung leisten kann, ist vonnöten.

Um dieses Ziel zu erreichen, halten wir eine Sozialraumanalyse für sinnvoll, aus deren Ergebnissen ein stadt- und kreisweites pädagogisches Gesamtkonzept entworfen werden soll, um tatsächlich die Angebote machen zu können, die gebraucht werden. Uns ist es wichtig, dass die Einsparpolitik den Bereich der Jugendarbeit nicht belastet. Vielmehr muss es Ziel sein, die Ausgaben an den Landesschnitt anzupassen, um auch in Kaiserslautern auf Dauer Qualität gewährleisten zu können.

Der Kreishaushalt ist insbesondere durch teure, intensive und oft auch sehr eingreifende Maßnahmen belastet, wie zum Beispiel die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen. Hier wollen wir untersuchen, ob durch Aufstockung von Personal und Konzentration auf präventive Maßnahmen und frühe Interventionen sehr teure Eingriffe vermindert werden können und insgesamt sogar Einsparungen möglich sind. Dies ist etwa im Kreis Ahrweiler erfolgreich umgesetzt worden.

Eine immer wichtiger werdende Säule der Jugendsozialarbeit ist die Schulsozialarbeit. Diese muss in den Fokus der Politik geraten und in Zukunft weiter ausgebaut und gestärkt werden. Gerade auf diesem Gebiet fordern wir eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Landkreis, da Schüler*innen nicht immer in der Kommune wohnen, in der sie zur Schule gehen.

1.5 Kindertagesstätten, die allen gerecht werden

Kinder verbringen einen wichtigen und großen Teil ihrer Kindheit in Kindertagesstätten. Das ist zu begrüßen, da sie dort soziale Interaktion lernen und erste wichtige Schritte in die Selbstständigkeit gehen. Auch für die Eltern ist der Kitaplatz unabdingbar, da viele Eltern arbeiten wollen und müssen und ihr Kind gleichzeitig gut aufgehoben wissen

wollen.

Umso wichtiger ist es, dass genügend Plätze für Kinder vorhanden sind. Die fehlenden Stellen zur lückenlosen Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz wollen wir schnellstmöglich besetzen. Notwendige Einrichtungen müssen neu geschaffen oder ausgebaut werden. Insgesamt fordern wir eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kita-Plätzen, um auch in Zukunft für alle Kinder eine Betreuung gewährleisten zu können. Deshalb haben wir bereits wichtige Weichen gestellt, indem wir einen Antrag an die Stadtverwaltung Kaiserslautern formuliert haben, der sicherstellen soll, dass eine potentielle Aufstockung der Kindergartenplätze bereits vorgeplant wird, damit diese nach abgeschlossener Bedarfsanalyse so schnell wie möglich geschaffen werden können. Darüber hinaus darf an der Qualität unserer Kitas nicht gerüttelt werden. Hohe Personalschlüssel und ein großzügiges Raumangebot sollten gerade bei Erweiterungen und Neubauten berücksichtigt werden.

Die Verpflegung in den Kitas ist uns ein besonders großes Anliegen. Ein warmes Mittagessen in der Kita darf nicht von der finanziellen Situation oder der Organisationsfähigkeit der Eltern abhängig sein. Aus diesem Grund sprechen wir uns für die vollständige Erstattung der Verpflegungspauschale aus.

Darüber hinaus möchten wir gerne mit den Kitas über Ernährungs- und Bewegungskonzepte in den Einrichtungen ins Gespräch kommen, um auch hier einen Standard einzuführen, der bei den Kindern einen reflektierten Umgang mit ihrer Gesundheit fördert.

Die Waldkindergärten in Morlautern, Erzhütten und in Enkenbach-Alsenborn sehen wir als gute zusätzliche Wahlmöglichkeiten für Eltern und Kinder, die als Beispiel für andere Kommunen dienen können.

1.6 Angebote für Senior*innen

Senior*innen sind ein immer größer werdender Teil einer vielfältigen und offenen Gesellschaft. Die Vereinsamung von Senior*innen ist ein zunehmendes Problem, dem wir uns in der Stadt und im Landkreis stellen müssen. Deswegen wollen wir Initiativen unterstützen, um die Alltagsbegleitung auszubauen und regelmäßige Besuchsdienste anzubieten. Desweiteren setzen wir uns für die Stärkung von generationenübergreifenden Begegnungsstätten in Stadt und Landkreis ein.

1.7 Wohnen - selbstbestimmt und bezahlbar

Wir möchten, dass allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben „in den eigenen vier Wänden“ möglich ist.

Die demographische Entwicklung müssen wir schon heute für morgen mitplanen. Hierzu gehört neben einer langfristig angelegten Strukturentwicklung des Stadtgebiets die nachhaltige Gestaltung der Wohnquartiere. Barrierefreiheit muss so selbstverständlich wie Brandschutz werden. Pflegedienstleistungen werden zunehmend dezentral und ambulant organisiert sein. Kurze Wege, die Erreichbarkeit von Wohn-, Einkaufs- und Arbeitsstätten auch ohne Auto sind bei der Erschließung des städtischen Raumes vorausschauend zu berücksichtigen. Die zunehmende Elektromobilität, von Rollstuhl und Fahrrad bis zum PKW, ist in die Planung zu integrieren.

Damit Mieter sich ihre Wohnung auch zukünftig leisten können, fordern wir von kommunaler Seite den Einsatz für eine wirksame Mietpreisbremse und die Verpflichtung von Immobilienbesitzern zum Qualitätserhalt des von ihnen angebotenen Wohnraums.

Die Schlichtwohnungen in Kaiserslautern müssen in einen zeitgemäßen Zustand gebracht werden. Sie sollen weiterhin als Notunterkünfte zur Verfügung stehen. Ziel muss es sein, gemeinsam mit den Bewohner*innen individuelle Lösungen zur Verbesserung ihrer Situation zu finden.

In den kommenden Jahren werden in Stadt und Landkreis Kaiserslautern zahlreiche neue Wohnungen entstehen. Alternative gemeinschaftliche Wohnformen betrachten wir als Bereicherung, die wir zusätzlich fördern wollen. Insbesondere das Pfaffgelände in der Stadt, die ehemalige Stadtgärtnerei und auch die Nils-Projekte der Bau AG können als Vorbild für die Entwicklung im Stadtgebiet dienen. Eine Quote von mindestens 20% sozialem Wohnungsbau kann die gesellschaftliche Vielfalt nicht nur in diesen Quartieren sicherstellen, sondern dient auch dem Erhalt des sozialen Friedens. Zudem fordern wir mehr Mietwohnungsbau und günstigere Möglichkeiten, Eigentum zu erwerben.

1.8 Mitbestimmung und Transparenz – Bürger*innen aktiv einbinden

Aktive und engagierte Bürger*innen bilden das Fundament einer lebendigen Demokratie, auf Bundesebene genauso wie in unseren Gemeinden. Wir geben Menschen vor Ort Chancen und Möglichkeiten, sich engagiert und kompetent einzubringen, denn die Bürger*innen wissen am besten, was für ihre Stadt oder ihr Dorf wichtig ist. Instrumente zur niederschweligen und direkten Einbringung von Anliegen und Interessen möchten wir prüfen. Deswegen befürworten wir unter anderem die Wiedereinführung von Ortsbeiräten in der Kaiserslauterer Kernstadt.

In Kaiserslautern ist es uns gelungen, eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit im Entwicklungsprozess des Pfaff-Geländes zu erreichen. Die Erkenntnisse und Erfolge aus diesem Vorgehen wollen wir zukünftig auch an anderen Stellen anwenden.

Auf Landesebene haben wir uns erfolgreich für eine Änderung der Gemeindeordnung stark gemacht, um die Möglichkeiten des Bürgerentscheids zu erweitern und Hürden abzubauen.

Weiterreichende von uns geforderte Änderungen, wie die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, haben bisher keine Mehrheit gefunden. Wir streiten weiterhin auf allen Ebenen für vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Jung und Alt.

Wir GRÜNE fordern eine transparente Finanz- und Ausgabenpolitik der Gemeinden. Wir wollen Interessierten eine echte Chance geben, Vorschläge in die Haushaltsplanungen einzubringen.

Dafür kann die Einführung von Bürgerhaushalten sinnvoll sein. Gerade in einer schwierigen finanziellen Situation ist jedes Engagement und jede eingebrachte Idee zur Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens ein großer Gewinn.

Wir GRÜNE laden alle Bürger*innen ein, sich an der Weiterentwicklung der Gemeinden zu beteiligen.

2. STADTENTWICKLUNG – VIELFÄLTIGES URBANES LEBEN IM GRÜNEN

Die Kommune – das ist mehr als eine Verwaltungseinheit. Das sind wir alle als städtische Gemeinschaft. Durch Vielfalt und Unterschiedlichkeit zeichnet sich das städtische Leben aus.

2.1 Integrierte Planung für Klimaschutz und Anpassung an die Klimaerhitzung

Wir stecken mittendrin in der Klimaerhitzung. Der Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des veränderten Klimas müssen Hand in Hand gehen, um Mensch UND Natur zu schützen. Beide Herausforderungen brauchen ein integriertes Vorgehen über Gebiets- und Fachgrenzen hinaus.

Bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung sollen der Klimaschutz und die Anpassung an die Klimaerhitzung in bestehende Konzepte und Projekte integriert werden. Klimaschutz und die Anpassung an die Erhitzung sollen integraler Bestandteil jeder Planung werden.

2.2 Lebendige Innenstadt und eine Stadt der kurzen Wege

Das Zusammenspiel von Geschäften, Wohnen, Freizeitnutzung und Kultur belebt die Innenstadt. Von der Stadt der kurzen Wege profitieren alle Generationen.

Die ECE-Mall stellt die Innenstadtentwicklung vor große Herausforderungen. Wir GRÜNE werden darauf achten, dass die Stadt auf die Einhaltung der Vereinbarungen des städtebaulichen Vertrages pocht. Uns ist wichtig, dass der Durchgang von der Fackel- in die Mühlstraße 24 Stunden am Tag geöffnet bleibt. Das in den letzten Jahren recht erfolgreich gelaufene Innenstadtmanagement wollen wir fortsetzen. Hierzu gibt es immer wieder Fördermöglichkeiten, die wir in Zusammenarbeit mit der Verwaltung ausschöpfen wollen. Es gilt Leerstand in innerstädtischen Geschäftsgebäuden zu verhindern. Die Stadt sollte grundsätzlich Nutzungsänderungen aufgeschlossen gegenüberstehen. Dafür ist ein Leerstandskataster anzulegen. Aktionsgemeinschaften wie im Unionsviertel sind weiterhin zu unterstützen und als Vorbild für andere städtische Bereiche zu nutzen.

Wir GRÜNE stehen weiterhin hinter dem städtischen Einzelhandelskonzept und unterstützen damit das Bestreben, großflächigen Einzelhandel in den Außenbezirken zurückzudrängen. So konnten wir einen zumindest im Ansatz restriktiven Bebauungsplan

für die Merkurstraße auf den Weg bringen. Dieser stellt sicher, dass innenstadtrelevantes Sortiment dort nicht auf weiteren Flächen gehandelt werden darf. Bestehende Sortimente dürfen nur aus einer gleichen Gruppe ersetzt werden.

Die Nahversorgung sollte in allen Stadtvierteln und Stadtteilen gewährleistet sein. Wir begrüßen Dorfladenkonzepte, die zusätzlich zur Nahversorgung auch Dienstleistungen anbieten.

2.3 Ruhig und zentral wohnen in guter Nachbarschaft

Kaiserslautern bietet beste Voraussetzungen, um ruhig und gleichzeitig zentral zu wohnen. Wir begrüßen den Trend, dass das Wohnen in der Innenstadt wieder stärker nachgefragt wird. Dafür sollte die Stadt mit den Handlungsmöglichkeiten des Baugesetzbuches schlecht genutzte Flächen in der Innenstadt für die Wohnnutzung entwickeln. Wir wollen keine neuen Baugebiete in den Stadtteilen ausweisen, denn der Bedarf an Wohnraum kann durch maßvolle Nachverdichtung gedeckt werden.

Einer Nutzungsänderung von ungenutzten Flächen und Gebäuden stehen wir positiv gegenüber. In der letzten Legislaturperiode konnten wir durchsetzen, dass im Außenbereich keine Neubaugebiete ausgewiesen wurden. Vor dem Hintergrund mehrerer Hektar freier Flächen zur Innenentwicklung auf dem Pfaffgelände, der alten Stadtgärtnerei und an der Pariser Straße ist es Unsinn, freie Landschaft zu verbauen. Fläche ist nicht vermehrbar. Die Innenverdichtung stößt allerdings langsam an ihre Grenzen. Um die Lebensqualität und das städtische Mikroklima in Zeiten des Klimawandels mit extremen Dürreperioden durch eine zu dichte Bebauung nicht zu beeinträchtigen, wollen wir Grüne die „doppelte Innenentwicklung“ in Kaiserslautern durchsetzen. Lesen Sie dazu auch im Kapitel „Umweltschutz“ näheres in diesem Wahlprogramm.

Um aktive Nachbarschaften zu unterstützen und damit die Potenziale und Selbsthilfemöglichkeiten der Bewohner*innen zu fördern, stehen wir dazu, das Quartiersmanagement in der Innenstadt West und auf dem Bännjerrück zu erhalten. Die Stadt soll darüber hinaus offensiv Förderprogramme nutzen, um derartige Aktivitäten auszudehnen.

2.4 Öffentlichen Raum mit Qualität gestalten und kreativ nutzen

Wir möchten uns für eine hohe städtebauliche Qualität des öffentlichen Raums einsetzen. Neubauten müssen sich maßstabs- und gestaltungsgerecht in die bestehende Struktur einfügen. In der letzten Legislatur ist es gelungen, einen Gestaltungsbeirat zu initiieren. Dieser hat gute Arbeit geleistet und zahlreiche gestalterisch fragwürdige Projekte in eine ansprechendere Form gebracht.

Für das Pfaffgelände konnten Architekturwettbewerbe für alle Bauabschnitte und Gebäude als verpflichtend durchgesetzt werden. Wenn hier gute Erfahrungen gemacht werden, besteht die Möglichkeit, dieses Vorgehen auch für andere Gebäude und Flächen durchzusetzen. Hierfür kann die Zusammenarbeit mit den Architektur-Fakultäten der Technischen Universität und der Hochschule verstärkt werden. Bei Leerstand oder Unternutzung von städtischen Flächen sind wir für kreative Zwischennutzungen offen, wie sie etwa die „Raumpiraten“ und Kunstinitiativen initiieren. Auch Initiativen, die kreative Impulse für die soziale Weiterentwicklung der Stadt setzen, zum Beispiel die „Tauschbox“, „Urbane Gärten“ oder das „Foodsharing“, begrüßen wir ausdrücklich. Die Bereitstellung geeigneter städtischer Flächen wie Grünstreifen oder Verkehrsinseln befürworten wir. Kriterien hierfür sollen erarbeitet werden.

Die Bedürfnisse von älteren Menschen und Familien müssen im öffentlichen Raum stärker berücksichtigt werden: Sitz- und Spielmöglichkeiten in der Fußgängerzone, an Plätzen und Grünflächen bringen Lebensqualität. Die freie Zugänglichkeit und eine hohe Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums stehen für uns über den Partikularinteressen einzelner Gewerbebetriebe. Wir möchten in Zusammenarbeit mit privaten Geldgeber*innen für entsprechende Verbesserungen sorgen.

Initiativen von Geschäften, Einrichtungen und Gastronomie, ihre sanitären Anlagen zur öffentlichen Nutzung freizugeben, möchten wir zusammenführen und durch ein Ausweisungskonzept unterstützen. Aufkleber, wie die der „Notinsel“-Initiative oder des Seniorenbeirats, können als Vorbilder dienen.

2.5 Gewerbeflächen auf Konversionsflächen ausweisen

Vor der Bebauung von naturnahen Flächen sollten alle Mittel ausgeschöpft werden, Gewerbe auf bereits erschlossenen Konversionsflächen anzusiedeln. Mittelfristig wird zum Beispiel das Militär die Quartermasterkaserne nicht mehr nutzen. Zudem muss das Flächenparken der Vergangenheit angehören. Es kann nicht sein, dass unser Wald für immer mehr Parkplätze gerodet wird.

2.6 Wissenschaftsstandorte integrieren

Der Wandel von Kaiserslautern hin zu einer Stadt der Wissenschaft ist ein großer Erfolg. Die Stadt sollte ihre Rolle als aktive Vermittlerin zwischen Technischer Universität, Hochschule, Unternehmen und Instituten ausbauen. Räumlich bietet die städtebauliche Entwicklung des Pfaffgeländes eine Chance, Institute oder wissenschaftsbasierte Unternehmen mit der Stadt zu verknüpfen.

2.7 Pfaff-Gelände gemäß Rahmenplan entwickeln

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode forderten wir GRÜNE im Stadtrat einen Bürgerbeteiligungsworkshop zur Entwicklung des Pfaffgeländes. Wurden wir für unseren Antrag zunächst noch belächelt, gelang es dann durch die Koalition, diese weitreichende, moderierte Bürgerbeteiligung doch durchzusetzen. Hieran hatten zahlreiche Initiativen wie die PESG (Pfaff erhalten, Stadt gestalten) einen maßgeblichen Einfluss. Neben dem GRÜNEN Einsatz in der Koalition war der Druck von der Straße wichtig, um diesen basisdemokratischen Prozess durchzusetzen. Im Ergebnis haben wir nun einen Rahmenplan vorliegen, der von einem der renommiertesten Stadtplanungsbüros Deutschlands erstellt worden ist. Alle am Gelände interessierten Kräfte wurden in einen moderierten Prozess eingebunden. Mehrere Informationsveranstaltungen schafften größtmögliche Transparenz. Mit dem Projekt EnPfaffStadt ist es gelungen, das Leuchtturmprojekt der deutschen Energiewende nach Kaiserslautern zu holen: Erstmals soll im Bestand eine Siedlung entwickelt werden, bei der alle Energieverbräuche zusammen gedacht und vernetzt werden: Mobilität, Wärmebedarf und Stromverbrauch sollen aufeinander abgestimmt und zu 100 % regenerativ erzeugt werden. Um dieses Projekt zum Erfolg zu führen, braucht es möglichst starke GRÜNE im Stadtrat.

In Planungsqualität, Bürgerbeteiligung und Gebäudeerhalt haben wir GRÜNE zusammen mit den Partnern ein Maximum auf dem Pfaffgelände erreicht. Wer hätte dies zu Beginn der Legislatur für möglich gehalten, als es noch hieß: „Alles wird plattgemacht, das Gelände auf Staatskosten saniert und dann für einen Euro an das heimische Baukonsortium verhökert.“

Nun geht es darum, diese Erfolgsgeschichte weiter zu schreiben. Der versprochene Gestaltungsleitfaden muss kommen. Die Architekturwettbewerbe müssen wie vereinbart durchgeführt werden. Der Rahmenplan muss in die Bauleitplanung überführt werden. Der hohe Anspruch an die Energieeffizienz muss bei allen Beteiligten immer wieder durchgesetzt werden. Dies wird nur mit starken GRÜNEN im Stadtrat gelingen, denn nur wir GRÜNE stehen konsequent für „Allgemeinwohl vor Partikularinteressen“. In diesem Zusammenhang fordern wir integrative Wohnprojekte auf dem Pfaffgelände.

2.8 Schutz vor Starkregen: Die Schwammstadt – Sponge City

Das Konzept der „Schwammliegenschaft“ oder „Schwammstadt“ (Sponge City) sieht vor, dass nahezu der komplette Niederschlag aufgefangen, gespeichert und wiederverwendet wird. Der Abfluss in den Kanälen wird reduziert, um vor Überflutung durch Starkregen zu schützen, und das Mikroklima wird verbessert, was Hitzeperioden in der Stadt abmildert.

Die Klimafolgenanpassungsstrategie der Stadt Kaiserslautern nimmt dieses Konzept auf

und zeigt in Zusammenarbeit mit der Stadtentwässerung Kaiserslautern Wege auf, um Starkregen zu binden, zu nutzen, versickern oder verdunsten zu lassen. Wir möchten diesen Prozess konstruktiv unterstützen, denn Starkregenereignisse wie in den Monaten Mai und Juni 2018 sind in Zukunft häufiger zu erwarten.

Das Schwamm-Prinzip kann sowohl auf städtischer Ebene als auch für jede einzelne Liegenschaft angewendet werden. Durch die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung und den Rückhalt des Wassers auf den Liegenschaften wird der Abfluss im öffentlichen Kanal reduziert, was zum Überflutungsschutz der ganzen Stadt beiträgt. Hinzu kommen weitere positive Effekte wie sinkende Niederschlagswassergebühren, die Einsparung von Trinkwasser, eine Kühlung im Sommer und eine Begrünung der Stadt. Anregung kann die Stadt Hamburg mit der Umsetzung von „Blauen Straßen“ geben, bei denen Rückhalteflächen für Niederschlagswasser bei Starkregen Schäden an der Bebauung verhindern bzw. reduzieren.

3. ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Die Kommune – das ist mehr als eine Verwaltungseinheit. Das sind wir alle als städtische oder dörfliche Gemeinschaft. Vielfalt und Unterschiedlichkeit prägen auch den Landkreis.

3.1 Integrierte Planung für Klimaschutz und Anpassung an die Klimaerhitzung

Bei der Bauleitplanung und Flächenentwicklung sollen der Klimaschutz und die Anpassung an die Klimaerhitzung in bestehende Konzepte und Projekte integriert werden. Klimaschutz und die Anpassung an die Erhitzung sollen integraler Bestandteil jeder Planung werden. Hierfür wollen wir die Erstellung von Musterbebauungsplänen anregen, um es für die einzelnen Gemeinden einfacher zu machen, diese Aspekte angemessen zu berücksichtigen.

3.2 Erhalt kritischer Infrastruktur in den Orten

Der demographische Wandel macht auch vor dem Landkreis Kaiserslautern nicht halt. Während Gemeinden entlang der Autobahn und der Bahnstrecke Mannheim-Saarbrücken zum Teil sogar wachsen, schrumpfen die abgechiedener gelegenen Gemeinden. Dies ist mit einem schleichenden Verlust an wichtiger Infrastruktur, Geschäften, Ärzten, etc. verbunden. Dem gilt es entgegenzuwirken und wo nötig Alternativen zu schaffen. Dies ist im Landkreis Kaiserslautern mit der höchsten Bürgerbusdichte im Land Rheinland-Pfalz in einigen Orten gelungen. Diese Bürgerbusse sowie Mitfahrerbanken und ähnliche Initiativen wollen wir unterstützen. Auch begrüßen wir Dorfladenkonzepte, die zusätzlich zur Nahversorgung auch Dienstleistungen anbieten.

Der Ausbau der Breitband- und Mobilfunkversorgung ist ebenfalls sehr wichtig, um die Dörfer auch für junge Menschen attraktiver zu machen.

3.3 Öffentlichen Raum mit Qualität gestalten und kreativ nutzen

Trotz knapper Kassen müssen die Dörfer attraktiv bleiben. Hierfür eignen sich verschiedene Förderprogramme, so zum Beispiel für Quartiersanierungskonzepte und für Quartiermanager*innen, die mit bis zu 95% von Bund und Land gefördert werden. Auch die vielen ehrenamtlichen Initiativen zur Dorfverschönerung finden wir wichtig und unterstützenswert.

3.4 Gewerbeflächen auf Konversionsflächen ausweisen

Vor der Bebauung von naturnahen Flächen sollten alle Mittel ausgeschöpft werden, Gewerbe und Industrie auf bereits erschlossenen Konversionsflächen anzusiedeln. Hierfür haben wir bereits erfolgreich durchgesetzt, dass mit der Potentialstudie für Gewerbe- und Industrieflächen ein Konversionskataster angelegt wurde, das alle militärischen Liegenschaften im Kreis auflistet. Diese Flächenstudie hat drei Schwerpunkte für Industrie- und Gewerbeansiedlungen vorgeschlagen, das Industriegebiet Westrich bei Ramstein-Miesenbach, das IG Nord zwischen Stadtgebiet und der VG Weilerbach und den ehemaligen Militärflugplatz Sembach. Nur in Sembach ist die Entwicklung auf Konversionsflächen geplant, an den anderen Standorten wird dann bestes Acker- und Grünland versiegelt. Wir fordern, dass diese Industrie- und Gewerbeflächen bevorzugt auf Konversionsflächen geplant werden. Hierzu benötigen wir bis 2040 lediglich 4% der heute vom Militär beanspruchten Fläche in Stadt und Landkreis. Konkret fordern wir insbesondere die zivile Konversion von Militärflächen in KL Ost, auf dem Kirchberg in Landstuhl, nachdem das neue US Hospital fertiggestellt ist, und durch die Rückgabe der Pulaski Barracks am Einsiedlerhof. Hierfür ist die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis erforderlich.

3.5 Schutz vor Starkregen

Auch der Landkreis Kaiserslautern ist von Starkregenereignissen betroffen. Neben weiter verstärkten Anstrengungen für den Klimaschutz rückt damit auch die Klimaanpassung in den Vordergrund. Hier hat der Kreis eine koordinierende und unterstützende Rolle zu spielen, um die verschiedenen Orts- und Verbandsgemeinden zu unterstützen. Dieser Aspekt soll in das Aufgabengebiet des von uns geforderten Klimaschutzmanagements auf Kreisebene aufgenommen werden. Ein Beispiel ist das konsequente Einfordern von Ackerrandstreifen.

4. SCHUTZ FÜR DIE UMWELT – MEHR LEBENSQUALITÄT FÜR DEN MENSCHEN

Politik im 21. Jahrhundert hat die Aufgabe, unsere Lebensbedingungen so mitzugestalten, dass wir jetzt und in Zukunft sicher und in Wohlstand leben können. Ein Leben ohne Ausbeutung sozialverträglich für alle erreichbar zu machen, dafür übernehmen wir GRÜNE in besonderer Weise Verantwortung. Letztendlich ist hier aber weniger die große Politik gefordert. Es kommt auf jeden Einzelnen an. Und damit sind wir mittendrin in grüner Umweltpolitik vor Ort!

4.1 Stadtgrün

Stadtnahe Spaziergänge stehen immer noch generationsübergreifend auf Platz 1 der Freizeitgestaltung. Unser direktes Wohnumfeld hat hohen Einfluss auf unsere Lebensqualität. Für unsere Gesundheit sind wir auf saubere Luft und Ruhe angewiesen. Für Tiere und Pflanzen bietet auch die Stadt verschiedene Lebensräume, die wir der Natur erhalten möchten. Dies spiegelt sich auch in unserem Bemühen wieder, eine Ausdehnung der Siedlungsfläche in Kaiserslautern zu vermeiden und die Innen- vor die Außenentwicklung zu setzen. In der letzten Legislaturperiode ist uns dies gelungen: Trotz großer Begehrlichkeiten konnte eine Ausdehnung in die Fläche durch Innenentwicklung ersetzt werden. In der nächsten Legislatur muss es darum gehen, auch diese mit mehr Grün und weniger intensiv voranzutreiben: Die mit der Klimakrise einhergehenden Extremwetterereignisse wie Dürre und Starkregen zeigen, dass nur mit Entsiegelung und mehr Grün auch an Gebäuden ein lebenswertes Wohnumfeld erhalten werden kann. Stichwort ist hier die „Doppelte Innenentwicklung“: Sie hat zum Ziel, die Flächenreserven sinnvoll für Bauland zu nutzen, aber an eine Aufwertung im Grünbereich zu koppeln, zum Beispiel durch Aufwertungen im Quartier oder am Bauvorhaben selbst. Dafür wollen wir im Stadtgebiet Schwerpunkträume definieren.

Ein Grünflächenkonzept für Kaiserslautern ist überfällig, um das Stadtklima und die Wohnqualität zu verbessern sowie die Biodiversität zu fördern. Die Kaltluftschneisen sollen von zusätzlicher Bebauung freigehalten werden, um der teilweise starken Luftverschmutzung in der Innenstadt entgegenzuwirken. Das wichtige Kaltluftbildungsgebiet am Sonnenberg / Burggraben darf nicht zugebaut werden. Die Gartenbesitzer innerhalb der Kaltluftschneise sollten über die Wichtigkeit ihrer Gärten für das gesamte Stadtklima informiert werden. Wir brauchen die frische Luft aus dem Grünen!

Begrünte Fassaden und Dächer leisten einen Beitrag für das Mikroklima und die Regenwasserrückhaltung. Die Stadt sollte Privatleute dabei unterstützen und bei öffentlichen Gebäuden mit gutem Beispiel voran gehen. Uns GRÜNEN im Stadtrat ist es gelungen, ein Infoblatt des BUND zum Thema Stadtbegrünung als Beilage zu den Baugenehmigungen zu etablieren.

Straßenbäume sind zu erhalten und bei Lücken nachzupflanzen. Fällungen dürfen nur das letzte Mittel der Wahl sein. Bei Pflanzungen von Bäumen, Sträuchern und Stauden sollte auf standortgerechte, heimische Arten zurückgegriffen werden, die den Artenreichtum fördern. Baumschutzmaßnahmen müssen in Baugenehmigungsverfahren vertraglich verankert und deren Umsetzung unter Anwendung eines Bußgeldkatalogs kontrolliert werden. Wo möglich, sollen Flächen entsiegelt werden. Die Bau AG hat einige Innenhöfe entsiegelt und sehr schön gestaltet.

4.2 Waldwirtschaft im Stadtgebiet

GRÜNER Politik ist es in der letzten Legislaturperiode gelungen, zwei wertvolle Waldbereiche unter einen hohen Schutzstatus zu stellen: Die beiden kleinen vorhandenen Kernzonen im städtischen Pfälzerwald wurden mit Hilfe einer neuen Kernzone zu einer Großen verschmolzen. Dies hat ökologisch große Vorteile zum Schutz von Flora und Fauna: Die Größe eines Habitats ist entscheidend für die Artenvielfalt. Kaiserslautern hat als einzige Kommune im Naturpark Pfälzerwald auf unsere Initiative hin Stadtwald als Kernzone ausgewiesen. In Kernzonen unterbleibt jegliche Nutzung, es wird wieder ein Urwaldzustand angestrebt.

Ein ökologisch wertvoller Bereich, der Hohlweg westlich vom Humberg, konnte ebenfalls in ein Schutzprogramm überführt werden.

Für die Kranzeichen wurde ein transparentes Verfahren etabliert, welches dazu geführt hat, dass zuletzt deutlich weniger Bäume eingeschlagen werden mussten.

Aufgabe in der nächsten Wahlperiode muss es sein, die verabredeten Standards zu überwachen und den Wald auch für die zunehmenden Gefahren des Klimawandels zukunftsfähig zu gestalten. Zudem gilt es, in Teilbereichen starken Verbisschäden auf den Grund zu gehen und eine nachhaltige Bejagung mit einem verträglichen Tierbestand umzusetzen.

4.3 Natur schützen und entwickeln

Ein großer Teil des Landkreises liegt im Naturpark Pfälzerwald. Dies schränkt einerseits die wirtschaftliche Entwicklung wie zum Beispiel die Ausweisung von Gewerbeflächen ein. Andererseits bietet sich hier ein einzigartiger Naturraum, der geschützt werden

muss, zum Beispiel durch die Ausweitung der Kernzonen, in denen menschliche Aktivitäten maximal beschränkt sind. Pflege- und Entwicklungszonen können und sollen verstärkt für sanften Tourismus genutzt werden. Hierzu setzen wir uns dafür ein, die Tourismusinitiative des Landes auch im Pfälzerwald zu nutzen.

Der Pfälzerwald hat das Potential, eine Marke wie der Schwarzwald zu werden. Kooperationen der beteiligten Landkreise und Städte zur Schaffung eines gemeinsamen Angebotspakets, wie zum Beispiel der Pfalz-Card, wollen wir weiter energisch vorantreiben.

Natur entwickeln heißt auch, begradigte Fluss- und Bachabschnitte zu renaturieren. Dies unterstützt die Artenvielfalt, hilft Starkregenereignisse abzufedern und bietet somit ein ausgezeichnetes Ziel für Ausgleichsmaßnahmen.

Weiterhin möchten wir prüfen, inwiefern die Moore im Landstuhler Bruch reaktiviert werden können. Moore bieten einen einzigartigen Lebensraum, zum Beispiel für seltene fleischfressende Pflanzen, und dienen als Kohlenstoffsенke im Kontext des Klimaschutzes.

4.4 Müll vermeiden und verwerten

Die Entsorgung des Mülls stellt unsere Gesellschaft vor immer größere und teurere Probleme. Deshalb muss es Ziel sein, Müll zu vermeiden. Hier gilt das Prinzip: Reduzieren, Wiederverwenden und Recyceln vor dem Wegwerfen. Zu unterstützende Beispiele sind Unverpacktläden, Second-Hand-Läden und Sharing-Modelle.

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollten wirtschaftliche Anreize bekommen, Müll zu vermeiden. Dafür sollen die Müllgebühren angepasst werden. Auch großen Familien muss es ermöglicht werden, kleine Mülltonnen zu bestellen. Es muss möglich sein, dass sich gut funktionierende Nachbarschaften eine Mülltonne teilen. Es ist durchaus machbar, durch Pfandsysteme, das duale System, Glas-, Papier- und Metallrecycling sowie Nutzung von Direktvermarktung und qualitätsvollem Konsum nahezu keinen Restmüll zu produzieren. Solches Verhalten wollen wir unterstützen. Hier können insbesondere Menschen mit kleinem Geldbeutel durch Absprache Gutes für sich, die Kommunen und die Umwelt tun. Eine „win-win-win“-Situation.

Ausgehend auch von Kaiserslautern wollen wir eine bundesweite Initiative starten, die zum Ziel hat, die Verantwortung für das Müllrecycling vom Dualen System zurück an die Kommunen zu holen: Die Recyclingquote des Dualen Systems liegt bei wenigen Prozent, die Unternehmensstrukturen und der Verbleib des Mülls sind undurchsichtig. Unter kommunaler Aufsicht wird die Entsorgung transparent und die Recyclingquote

höher.

Es fällt auf, dass viele Elektro-Altgeräte auf dem Müll landen, die einfach zu reparieren wären. Die GRÜNEN in Kaiserslautern wollen einen Weg finden, wie diese Geräte vom Müll aussortiert und einer Wiederverwertung zugeführt werden können. Hier gilt es Wege zu finden, diesen Wertstoff zu reparieren.

Grüner Politik ist es in der letzten Legislatur gelungen, durch einen Stadtratsbeschluss ökologisch-soziale Beschaffung noch mehr zu etablieren. Damit sind auch Recycling und Müllvermeidung mehr im Fokus. Die Einhaltung von ILO-Kernarbeitsnormen ist jetzt verpflichtend und Fortbildungsveranstaltungen zur ökologischen Beschaffung wurden durchgeführt. Jährlich wird zu der Umsetzung Bericht erstattet.

4.5 Umweltgifte kontrollieren und reduzieren

Wir GRÜNE haben einen Blick auf die Entwicklung der Feinstaub- und Stickstoffdioxid-Belastungen in unserer Stadt. Für eine weitere Messstation, die signifikante Messungen ermöglicht, machen wir uns stark.

Große Sorge bereitet uns die zunehmende Berieselung mit Kerosin. Hierzu haben auf Initiative der GRÜNEN sowohl der Stadtrat als auch der Kreistag Resolutionen gefasst. Darin fordern wir die Bundesregierung zu einem transparenteren und verantwortungsvollen Umgang mit dem Kerosinablass auf.

Insbesondere fordern wir die Bundesregierung auf, für zivile und militärische Flüge:

- die Deutsche Flugsicherung und die entsprechenden militärischen Stellen zu vollständiger Transparenz beim Ablass von Kerosin zu verpflichten. Entsprechende Ereignisse müssen zeitnah mit Angaben über Anlass, Umfang und die betroffenen Gebiete auf einer öffentlichen Webseite dokumentiert werden.
- zeitnah eine wissenschaftliche Untersuchung zu beauftragen, welche unabhängig die möglichen Gesundheits- und Umweltrisiken durch das Ablassen von Kerosin bei allen möglichen Wetterlagen untersucht. Diese Studie muss über eine sogenannte Metastudie, die lediglich die Ergebnisse bereits bestehender Studien auswertet, deutlich hinausgehen.
- Kerosinablass nur dann zuzulassen, wenn der Pilot eine entsprechende Notfallerkklärung (mindestens Pan-Pan) abgibt und ausdrücklich erklärt, dass das Flugzeug nicht sicher in der Luft bleiben kann, um den überflüssigen Treibstoff zu verbrennen statt diesen abzulassen.
- den Kerosinablass aufgrund seiner Risiken für Mensch und Umwelt, sofern die Studie dies unterlegt, als "schwere Störung" zu klassifizieren und diese Vorfälle

von der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung (BFU) als solche untersuchen zu lassen.

- die Mindestflughöhe für den Kerosinablass zu überprüfen und wenn möglich heraufzusetzen.
- Vorschriften für technische Lösungen zu erarbeiten, welche längerfristig das Ablassen von Kerosin überflüssig machen, zum Beispiel durch entsprechende Designvorschriften für neue Flugzeugtypen.

4.6 Lärmbelastung verringern

Lärm macht krank. Objektive Untersuchungen belegen die stark verkürzte Lebenserwartung von Menschen, die permanent starkem Lärm ausgesetzt sind. Daher setzen wir uns dafür ein, den Lärm zu reduzieren. Die Stadtspitze sollte sich intensiv dafür einsetzen, dass der Fluglärm der Airbase Ramstein und der Flugrouten über der Stadt abnimmt, insbesondere nachts. Auch der Betrieb des Bahnhofs, der angeschlossenen Gewerbebetriebe und der Bahn muss leiser werden. Der innenstadtnahe Bahnlärm ist besonders nachts eine Belastung für unsere Mitbürger*innen. Die Lärmschutzeinrichtungen entlang der erneuerten A6 sind weiterhin kritisch zu betrachten und gegebenenfalls nachzubessern.

Durch die grünen Verkehrskonzepte für unsere Stadt wird der Straßenlärm reduziert. Auf Antrag der GRÜNEN hin wurden einige Straßen im Stadtgebiet zu Tempo 30 Zonen umgewidmet. Innerorts setzen wir in Wohngebieten flächendeckend auf Tempo 30.

Kreis und Stadt leiden unter einer dreifachen Belastung durch Fluglärm. Zu der Belastung durch die An- und Abflüge auf die bzw. von der Air Base Ramstein, dem größten Militärflughafen außerhalb der Vereinigten Staaten, kommen die Belastungen durch Lärm von Kampffjets, die im Luftraum der Temporary Restricted Airspace Lauter (TRA Lauter) üben und durch die Anflüge auf die POLYGONE, einem System für Luftabwehrübungen. Hier kommt es neben den Kampffjetübungen immer wieder auch zu sehr lauten Tiefflügen von Hubschraubern. Wir sagen klar: Die Dreifachbelastung muss weg, die TRA Lauter und die POLYGONE müssen aus der Region verlegt werden.

4.7 Neue Wege gehen

Werden wir wirklich glücklicher, wenn wir alle denkbaren Annehmlichkeiten auf Knopfdruck geliefert bekommen? Oder bedeutet Menschsein etwas anderes? Wir GRÜNE wollen hierüber einen neuen gesellschaftlichen Diskurs anstoßen.

Durch schlaue, individuelle Lösungen, kreative Ideen eines jeden einzelnen kann so viel bewegt werden! Und dabei hat jede*r Einzelne* so viel an Freiheit und an Möglichkeiten

zu gewinnen.

Hierfür benötigen wir Kümmerer in den Stadtteilen und Ortsgemeinden, die uns helfen, ein nachhaltiges Miteinander zu organisieren: Tauschboxen, Stadtteilwerkstätten, Nutzen regionaler Nahrungsangebote (Streuobst), Tauschbörsen von Dienstleistungen, Repair-Cafés, Bürgerbusse, etc. Um den Stadtpark herum hat sich in dieser Richtung bereits Beachtliches zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger getan. Dies wollen wir GRÜNE auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnen! Auch in den Ortsgemeinden gibt es bereits vielfältige und vielversprechende Initiativen. Mit etwas Engagement vor Ort und einer Freude am Teilen lässt sich ohne Kosten Erstaunliches bewegen.

5. REGIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Erfolgversprechende kommunale Wirtschaftspolitik muss die bestehenden Betriebe unterstützen und bei der Ansiedlung kleiner und mittlerer Betriebe mit regionalem Bezug helfen. Zur Erhaltung der Kaufkraft ist angesichts der in Kaiserslautern immer noch hohen Arbeitslosigkeit öffentlich geförderte Beschäftigung zum Beispiel durch Förderprogramme der Mittelstandsbank KfW sowohl bei Existenzgründer*innen, bei Technologieprojekten als auch im Handwerk eine politische Notwendigkeit. So können zum Beispiel junge, derzeit dringend benötigte Handwerker motiviert werden, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Insbesondere der Mittelstand ist es, der vor Ort dann wieder Arbeitsplätze schafft. Zudem ist er durch flache Hierarchien und Betriebsinhaber vor Ort eher erreichbar für Argumente des betrieblichen Umweltschutzes.

Ein Feld für die Kommunalpolitik zur Förderung von Kleinbetrieben ist der Bereich der öffentlichen Bauaufträge. Großprojekte, wie der Bau von Straßen, zum Beispiel das Viadukt an der Trippstadter Straße oder der geplante Umbau Brandenburger Straße, oder Neubauten von Schulen führen in aller Regel die großen Baukonzerne aus. Vielfältige, kleinräumige Baumaßnahmen wären Förderung in der richtigen Richtung. So können die Sanierung und Modernisierung von Schulen und Kindergärten oder der Bau von Radwegen und die Instandsetzung von Fußgänger- und Radwegen die heimische mittelständische Bauwirtschaft fördern. Wirtschaftspolitik ist bisher immer noch zu sehr bestimmt durch den Bau von großflächigen Parkplätzen, das Ausweisen von Gewerbeflächen und das Warten auf den großen Investor.

Gewerbeflächen werden im Stadtgebiet immer knapper. Hier wollen wir den Bau von Parkhäusern, zum Beispiel an der Uni, aber auch in den Gewerbeparks weiterhin offensiv fordern und versuchen durchzusetzen. Die Fläche ist viel zu schade um sie zuzuparken. Weitere Gewerbeansiedlungen werden so möglich. Um Gewerbeflächen ohne neue Inanspruchnahme von freier Landschaft zu ermöglichen, fordern wir zudem die Rückgabe nicht mehr benötigter Militärflächen. Insbesondere Quartermasterkaserne, Panzerkaserne, Pulasky Barracks und die großen Flächen bei Kaiserslautern Ost sind hier zu nennen, um Gewerbe- und Industrieansiedlungen von Stadt und Kreis möglichst auf Konversionsflächen konzentrieren zu können.

Eine Senkung der Gewerbesteuer, wie von der CDU, FWG und der FDP immer wieder gefordert, kommt für uns Grüne nicht in Frage. Mit der Gewerbesteuer beteiligen sich die Unternehmen an der auch für sie wichtigen Infrastruktur und den sogenannten weichen

Standortfaktoren wie Theater und Schwimmbädern. Diese Beteiligung ist angemessen und zielführend.

Wir GRÜNE wollen erreichen, dass die Rahmenbedingungen für nachhaltige Investitionen am Standort Kaiserslautern verbessert werden. Wir bieten der kommunalen Wirtschaft einen Dialog an, der zum Ziel hat, die Beschäftigung zu erhöhen, die digitale Modernisierung zu gewährleisten, betrieblichen Umweltschutz zu fördern und die Kommunikation zwischen Politik und Wirtschaft zu verbessern.

Für die Ansiedlung von Kleinbetrieben hat der Bürgerbeteiligungsprozess zum Pfaffgelände Flächen empfohlen, welche wir GRÜNE in die Bauleitplanung überführen wollen.

Als weiteres Ziel möchten wir gemeinsam mit Stadt und Kreis einen Wettbewerb für mittelständische Betriebe initiieren. Hier können sich dann Unternehmen mit besonderem Engagement im sozialen oder Umweltbereich bewerben und einen möglichst medienwirksamen Preis gewinnen.

6. KLIMA SCHÜTZEN, REGION STÄRKEN

Die Symptome des Klimawandels sind weltweit nicht mehr zu übersehen und auch in der Region Kaiserslautern spüren wir sie immer deutlicher: Mehr heiße Tage und Trockenheit einerseits, schneearme Winter und sintflutartige Regenfälle andererseits. Noch können wir die Erdüberhitzung zumindest begrenzen und ihre Folgen ebenfalls.

Im Bereich Energie ist klar, was wir dafür tun müssen:

- Raus aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas,
- Energie und Ressourcen einsparen und intelligent einsetzen,
- volle Kraft für 100 Prozent saubere und erneuerbare Energie.

Das sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, denn auch sie haben ein Recht auf eine lebenswerte Zukunft.

Wir GRÜNE möchten die Energiewende in Stadt und Landkreis Kaiserslautern aktiv gestalten mit dem Ziel, die Region durch die Stärkung von nachhaltiger regionaler Wertschöpfung fit für die Zukunft zu machen.

6.1 100% Klimaschutz – Ziele für Kaiserslautern

Mit dem in dieser Legislaturperiode auf intensives GRÜNES Engagement hin verabschiedeten „Masterplan 100 % Klimaschutz: Energiewende Kaiserslautern – Gemeinsam zum Ziel. Vernetzung von Technologie, Raum und Akteuren“ haben wir nun einen Leitfaden, wie Kaiserslautern klimaneutral wirtschaften kann. Schritt für Schritt wollen wir GRÜNE den Masterplan umsetzen. Wir stehen hinter dem Leitbild der Null-Emissions-Stadt Kaiserslautern. Ziel ist, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um 95 % zu senken und den Endenergieverbrauch zu halbieren.

6.2 Klimaneutraler Landkreis

Auch im Landkreis brauchen wir verbindliche Klimaschutzziele. Wir werden uns für ein übergeordnetes Klimaschutzkonzept und -management einsetzen. Neben präventivem Klimaschutz wird hier auch die notwendige Klimaanpassung immer wichtiger. Ein zentrales Klimaschutzmanagement auf Kreisebene soll die Orts- und Verbandsgemeinden unterstützen, Maßnahmen koordinieren, und Synergien nutzen. Dabei soll insbesondere die sehr gute Arbeit in solchen Kommunen mit einem aktiven Klimaschutzmanagement genutzt werden, um diese auch in die anderen Kommunen ausstrahlen zu lassen.

6.3 Gemeinsam ans Ziel – lokale Kompetenzen nutzen

Hitze, Trockenheit und Überflutungen machen nicht an Gebietsgrenzen Halt und betreffen jeden. Eine zukunftsfähige Vorsorge vor Klimaschäden kann sich somit nicht an Gemeindegrenzen ausrichten, sondern muss die Gebiete betrachten, die wegen der Ursachen und Wirkungen zusammengehören.

Für die Nutzung von Windenergie und Biomasse möchten wir die regionalen Konzepte und Kooperationen ermöglichen.

Geförderte Quartierssanierungskonzepte wollen wir vorantreiben, um Energie- und Ressourcenschonung auch in finanzschwachen Kommunen anzugehen.

Mit der Universität, der Hochschule und den Fraunhofer-Instituten haben wir in Kaiserslautern einen Wissenschaftsvorsprung. Die bereits gute Zusammenarbeit wollen wir intensivieren.

In der Wirtschaft gibt es viele gute Beispiele für die effiziente Nutzung von Energie und Ressourcen. Wir wollen Netzwerke anregen, in denen sich Betriebe über Erfolge und Schwierigkeiten austauschen können.

Um eine Vielzahl von Akteuren zu motivieren und zu aktivieren, unterstützen wir das Programm *Klimaschutz in kleinen Kommunen (KLIKK Aktiv)* der Energieagentur, das auf die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement im Bereich Klimaschutz abzielt. Die Kompetenzen der Energieagentur mit ihrem Standort in Kaiserslautern sollten allgemein stärker genutzt werden, um neue Ansätze im Bereich Energie zu entwickeln und umzusetzen.

6.4 Private Sanierungen anstoßen

In Häusern verbringen wir die allermeiste Zeit unseres Lebens. Wir möchten es gemütlich und warm haben. Das braucht Energie. Auf die Höhe des Energieverbrauchs haben Hausbesitzer*innen und Nutzer*innen einen großen Einfluss. Diesen sollten wir unbedingt nutzen, damit wir es weiterhin warm und gemütlich haben und dabei nur so wenig Energie für Wärme und Strom nutzen, wie es nötig ist.

Wichtigster Pfeiler für eine erfolgreiche Energiewende im Gebäudebereich sind möglichst viele energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden. Hier übersteigt das Einsparpotential das bei den Neubauten bis 2050 um ein Vielfaches.

Wir möchten die Sanierungsbereitschaft von Privatleuten und der Wirtschaft durch Beratung, Information und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit der Kommune erhöhen. Damit günstige Gelegenheiten einer energetischen Sanierung nicht ungenutzt

verstreichen, wollen wir eine verpflichtende, möglichst kostenfreie Erst-Energieberatung beim Kauf eines Bestandsgebäudes einführen. Daneben möchten wir anregen, mit „Klimaschutz-Meilensteinen“, wie sie die Verbandsgemeinde Weilerbach vergibt, auf ähnliche Art auch Projekte in der Stadt Kaiserslautern und in anderen Kommunen auszuzeichnen.

Wir GRÜNE wollen prüfen, ob ein Teil der Grundsteuer basierend auf der Energieeffizienzklasse der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude erhoben werden kann.

Wir sehen, dass zunehmend die mangelnde Verfügbarkeit und Qualität von Planenden und Handwerker*innen die Ausführung von Sanierungen erschweren. Der Handlungsspielraum der kommunalen Ebene ist hier allerdings sehr gering. In Zusammenarbeit mit den Kammern und Bildungseinrichtungen möchten wir nach Ansatzpunkten suchen, auf lokaler Ebene für die Bauberufe zu werben.

Mit dem Pfaffgelände in Kaiserslautern wird ein Pilotprojekt initiiert, bei dem die erste klimaneutrale Siedlung Deutschlands im Bestand geschaffen werden soll. Wir GRÜNE haben diesen Prozess eingefordert, intensiv begleitet und mit durchsetzen können. Pilotprojekte wie dieses wollen wir breit kommunizieren, um private Bauherren stärker für das energiesparende Bauen zu begeistern.

Allgemein sollen die Festsetzungen der Bauleitplanung die Nutzung von erneuerbaren Energien sowie energiesparendes Bauen fördern und ermöglichen.

6.5 Öffentliche Gebäude als Vorreiter für ökologische Qualität am Bau

Frankfurt, Aachen, Nürnberg, Hamburg und Münster machen es vor: Energetische und ökologische Baustandards für kommunale Gebäude schützen das Klima, die Umwelt und die Kommunalfinanzen.

Gerade finanzschwachen Kommunen nützen hohe Standards, denn die marginal höheren Investitionskosten werden durch niedrigere Betriebskosten in den über Jahrzehnte genutzten kommunalen Gebäuden mehr als wettgemacht. Erfahrungen in Münster haben gezeigt, dass die Einsparungen durch reduzierte Bewirtschaftungskosten nach 60 Jahren zehnfach höher waren als die Mehrkosten des höheren Energiestandards.

Nachhaltiges Bauen mit einer hohen baukulturellen Wertigkeit im öffentlichen Bereich zahlt sich auf mehreren Ebenen aus. Zudem ist dann mit einer Vorreiterrolle der Kommune ein Nachahmefekt in der Bevölkerung und der Wirtschaft erreichbar.

Für Neubauten durch die öffentliche Hand verpflichtet die EU-Gebäuderichtlinie die

Mitgliedsstaaten, ab 2019 Gebäude im Niedrigstenergiestandard zu bauen. Es sind jedoch keine höheren Standards für die Sanierung des Gebäudebestandes vorgeschrieben, obwohl diese für eine erfolgreiche Energiewende wesentlich wichtiger ist. Diese Lücke möchten wir mit einer kommunalen Gebäudeleitlinie füllen, die für Sanierungen von öffentlichen Gebäuden Qualitätsstandards setzen soll.

Bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge sollen Nachhaltigkeitsaspekte stärker herangezogen werden. Neben den energetischen Aspekten und den Lebenszykluskosten können eine soziale Beschaffung, ökologische Materialwahl, Lärm, Bodenschutz, Artenvielfalt und Transportprozesse mit einfließen.

Eine nachhaltige Gebäudewirtschaft ist über eine Legislaturperiode hinaus angelegt. Daher plädieren wir GRÜNE dafür, die Entwicklung von Leitlinien parteiübergreifend zu begleiten.

Sparsames Nutzerverhalten, gut eingestellte technische Anlagen und moderne Technik können in Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäuden den Energieverbrauch deutlich reduzieren. Daher legen wir auf ein ambitioniertes Energiemanagement in öffentlichen Gebäuden großen Wert.

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich die GRÜNE Fraktion im Stadtrat stark dafür eingesetzt, in Schulen und Verwaltungsgebäuden auf LED-Beleuchtung umzustellen, eine sehr wirtschaftliche Maßnahme. Die GRÜNEN möchten sich weiterhin dafür einsetzen, dass begonnene Projekte fortgeführt werden und die Planungen möglichst bald umgesetzt werden.

Inzwischen lässt sich Solarstrom bereits billiger selbst produzieren als ihn bei Stromversorgern zu kaufen. Viele öffentliche Gebäude werden tagsüber betrieben, wenn die Sonne scheint. Dieser Strom kann durch Anlagen mit Eigenverbrauch lukrativ gewonnen werden.

Nachdem die Stadt Kaiserslautern über 16 Jahre keine Solarstromanlagen auf eigenen Gebäuden mehr installiert hat, wurde in dieser Legislaturperiode 2014 - 2019 auf einen Antrag der GRÜNEN hin die Kehrtwende geschafft: Auf der Stresemannschule läuft die erste große Anlage seit Juli 2018. Weitere Schulen und Kitas, das Freibad Waschmühle und die Feuerwache sind in der konkreten Planung. Wir GRÜNE werden uns um die Umsetzung der Pläne kümmern.

6.6 Zukunftsfähige Energiewirtschaft für Stadt und Region

Wir wollen den zukünftig erwarteten Energiebedarf an Strom, Wärme, Kälte und für Mobilität künftig weitgehend mit dem in der Region verfügbaren Potenzial an

erneuerbaren Energiequellen decken. Die Erschließung soll dabei in allen Bereichen möglichst naturverträglich erfolgen.

Sonnenenergie und Windkraft sind ein wichtiger Teil der Energiewende, auch weil sie sich übers Jahr gut ergänzen. Der Masterplan der Stadt sieht vor, 30 % des Strombedarfs mit Photovoltaik zu erzeugen. Für die Wärmeversorgung sollen 10 % des Wärmebedarfs mit Solarthermie gedeckt werden. Die Umsetzung wollen wir zügig vorantreiben. Ein Ausbau der Windkraft auf geeigneten Standorten ist notwendig, wobei besonderer Wert auf die Umweltverträglichkeitsprüfungen gelegt werden muss.

Die Verwertungskaskade für Bioabfälle auf dem Deponiegelände, mit Vorrang der stofflichen Nutzung als Kompost und der Energiegewinnung aus dem Rest, unterstützen wir ausdrücklich.

Die regionale Energieerzeugung, den Netzbetrieb durch bürgernahe kommunale Werke in Stadt und Landkreis und insbesondere deren Bemühungen, sich im Zuge der Energiewende zu wandeln und zu modernisieren, begrüßen und unterstützen wir.

6.7 Fernwärmeversorgung optimieren

Die Fernwärmeversorgung im Stadtgebiet hat sich gut entwickelt, insbesondere auch mit dem Anschluss von Wärme aus Biomasse (ZAK) an das Fernwärmenetz. Die Optimierung des Kraftwerkes mit Wärmespeichern begrüßen wir ausdrücklich, und sehen weitere Chancen in der Sektorenkopplung (Strom-Wärme-Verkehr). Der Kohleausstieg ist mit der zunehmenden Umstellung des Kraftwerks der SWK auf Gasbetrieb im Gange. Das Auslaufen der Versorgungsverträge mit den US Streitkräften, die einen Mindestanteil amerikanischer Kohle in der Wärmeversorgung fordern, bietet die Chance, diesen komplett abzuschließen.

Optimierungspotenzial besteht noch beim Temperaturniveau im Rücklauf des Fernwärmenetzes, ein Thema, bei dem wir politische Unterstützung leisten werden.

6.8 Energie intelligent nutzen

Strom muss zu den Zeiten eines regenerativen Überangebotes für den Verbraucher billiger werden. Intelligente Steuerung (Stichwort „smart grid“) von Energieflüssen muss als wichtiges Werkzeug zur Optimierung von Energieversorgung in Netzen in Feldversuchen weiter vorangetrieben werden. In Zusammenarbeit mit der SWK gilt es einen flexiblen Tarif zu entwickeln, der deutschlandweit neue Standards ermöglicht und Vorbild für andere Energieversorger werden kann. Die Strompreise müssen sich nach dem Energieangebot und potentiellen Netzengpässen richten, insbesondere auch in Vorbereitung auf eine wachsende Anzahl von Ladestationen für Elektrofahrzeuge.

Das Beleuchtungsniveau an Straßen soll auf das gestalterisch und sicherheitstechnisch notwendige Maß begrenzt werden, um neben unnötiger Lichtverschmutzung auch Kosten und Klimabelastung zu reduzieren. Sich dynamisch anpassende Straßenbeleuchtung ist dazu eine technische Möglichkeit. Die Umstellung auf LED-Beleuchtung, die in der Stadt Kaiserslautern und vielen Ortsgemeinden schon weit vorangeschritten ist, soll unter diesen Gesichtspunkten weiter vorangetrieben werden.

6.9 Elektro-Mobilität für saubere Luft und eine ruhige Stadt

Elektroautos und Elektrofahrräder sind für Dienstfahrten innerhalb Kaiserslauterns und für viele Anwendungen im Landkreis angemessen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neuanschaffungen von Autos und Bussen im kommunalen Besitz Elektroantriebe zur Regel werden. Die flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Ladestationen soll weiter vorangetrieben werden. Dabei wollen wir in der Stadt insbesondere auch die Versorgung von „Laternenparkern“ verbessern, um dem großen Anteil von Bewohnern im Geschosswohnungsbau Rechnung zu tragen.

7. MOBIL IN STADT UND KREIS - ATTRAKTIV UND ÖKOLOGISCH

Kaiserslautern ist eine Pendlerstadt. Es gibt hier rund 52.000 (Stand 30.06.2017) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Viele Menschen pendeln täglich zu ihrer Arbeit. Das Pendlersaldo zugunsten derjenigen, die täglich zur Arbeit nach Kaiserslautern kommen, beläuft sich auf rund 17.000 Menschen. Ca. 20.000 Schüler*innen und ca. 10.000 Studierende besuchen täglich die Schulen und Hochschulen in der Stadt. Der Einkaufs- und Freizeitverkehr kommt noch hinzu. Auch der Kreis ist von Pendlern geprägt, zum einen in Richtung Kaiserslautern und intern im Kreis, aber auch in Richtung Ludwigshafen und Saarland. Entsprechend hoch ist das tägliche Verkehrsaufkommen in Kaiserslautern und Umgebung.

Der Diesel-Skandal der letzten Jahre, die hohe Umweltbelastung durch den Autoverkehr und die Diskussion um innerstädtische Fahrverbote in anderen Städten zeigen: Wir brauchen eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik, welche die klima- und umweltschädlichen Emissionen in der Stadt senkt, den Lärm reduziert, die Gesundheit schützt und bezahlbar ist. Und auf dem Land brauchen wir Alternativen zum Autoverkehr, die auch eine echte Alternative sind. Dies erreichen wir mit einem attraktiven Bahn- und Busverkehr, mit gut ausgebauten Fahrrad- und Fußwegen und der Umstellung auf E-Mobilität.

Immer mehr Menschen gehen zu Fuß, nutzen Rad, Bus und Bahn und verzichten auf das eigene Auto. Deswegen setzen wir uns weiterhin für eine konsequente Verkehrswende ein. Wir brauchen keine neuen Straßen, dafür aber mehr Investitionen in deren Pflege und Erhalt und einen Schwerpunkt auf dem Rad- und Fußverkehr.

Die finanzielle Ausstattung für den Bau und die Markierung von Radwegen soll unserer Auffassung nach in Stadt und Landkreis deutlich erhöht werden. Im Landkreis brauchen wir noch mehrere Lückenschlüsse im Radwegenetz sowie eine einheitliche Beschilderung der Radwege mit Nah-, Mittel- und Fernzielen. Bei Neubauvorhaben streben wir mehr Stellplätze für Fahrräder an.

Wir setzen auf die Förderung des Baus und Ausbaus von Bushaltestellen, Bahnhöfen, Bahnhofsumfeldern, die Errichtung von sicheren und überdachten Bike+Ride-Anlagen und Fahrradstationen. Wir wollen das System von Mitfahrerparkplätzen und Park & Ride-Parkplätzen überprüfen und wo notwendig ausbauen. Bürgerbusprojekte und Anruf-Sammeltaxis sind für uns eine Ergänzung zum Linienverkehr. Die Bushaltestellen sollen

bis Ende 2021 barrierefrei ausgebaut werden.

Wir wollen Knotenpunkte im regionalen Verkehrsnetz zu Mobilitätsstationen weiterentwickeln, an denen sich Rad, Bus, Bahn und das Auto komfortabel miteinander kombinieren lassen.

Innerorts setzen wir in Wohngebieten flächendeckend auf Tempo 30.

Bei der Neubeschaffung von Stadt- und Regionalbussen sowie bei kommunalen Fahrzeugen werden wir weiterhin auf emissionsarme Fahrzeuge setzen. Das sorgt für weniger Lärm und bessere Luft. Klimaanlage in Stadtbussen sind aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit im Interesse der Fahrgäste.

Wir werden uns genau anschauen, wo es für Fußgänger*innen gefährliche Stellen gibt, dort die Gehwege entsprechend umbauen und Übergänge schaffen. Wir setzen uns für eine Überprüfung der Warte- und Gehzeiten an Fußgängerampeln ein. Wir setzen uns ein für die Teilnahme von Rheinland-Pfalz am digitalen interaktiven Unfall-Atlas des Statistischen Bundesamts, vergleichbar unseren Bundesländer-Nachbarn.

Nach Beendigung der Bauarbeiten auf der Hauptstrecke zwischen Landstuhl und Kaiserslautern soll gewährleistet werden, dass die Züge zwischen Kusel und Kaiserslautern wieder durchgängig fahren. Für eine bessere Anbindung an das Rhein-Main-Gebiet soll der Eisenbahnverkehr über die Zellertalbahn mittelfristig reaktiviert werden. Am Hauptbahnhof Kaiserslautern müssen die Fahrpläne im Regional- und Fernverkehr besser aufeinander abgestimmt werden. Gleiches gilt für die Anbindung des Busverkehrs.

Wir unterstützen die Forderung der Fraktion der GRÜNEN im Landtag von Rheinland-Pfalz für eine Einführung eines landesweiten Sozialtickets (PM Landtagsfraktion 21.03.2018).

In den letzten fünf Jahren konnten wir folgendes erreichen:

- Bahnhaltelpunkt Hohenecken
- Mobilitätsplan 2030 für eine Wende hin zur Gleichberechtigung aller Verkehrsträger
- Zahlreiche Radwegemarkierungen
- Fahrradverleihsystem "Nextbike" mit auf den Weg gebracht
- Überdachte Fahrradstellplätze auf der Südseite des Hauptbahnhofs
- Pfaffenbergstraße für Radfahrer in beide Fahrtrichtungen geöffnet
- Durchbindung der Linie 105 bis IKEA

Dafür setzen wir GRÜNE uns künftig für Sie in der Stadt Kaiserslautern ein:

Der im Jahr 2018 beschlossene Mobilitätsplan für Kaiserslautern muss konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört insbesondere der Bau eines neuen Bahnhaltdepotkaiserlautern- Friedenstraße (ehemals KL-Nord) mit getakteten Umsteigemöglichkeiten zu den Stadtbuslinien 101, 104 und 117 in Richtung Innenstadt, Gewerbegebiet Nordost, PRE-Park, Monte Mare und Friedhof/Ruheforst.

Die Erreichbarkeit des Bahnhaltdepotkaiserlautern Vogelweh von der Pariser Straße aus (künftige Kaiserslautern High School) ist herzustellen. Die Belange des Fahrradverkehrs sind hierbei zu berücksichtigen.

Für den Fahrradverkehr sollen durchgängige und sichere Verkehrswege auf folgenden Routen hergestellt werden:

- Stadtpark – Volkspark; Rathaus – Pfaffgelände – Univiertel;
- PRE-Park – Gartenschau – Rüttschhof/Otterbach bzw. zum Gewerbegebiet West
- Bahnhof – Eisenbahnstraße – Rathaus

Die Fußgängerzone ist für den Radverkehr zu öffnen.

Die umsteigefreie Erreichbarkeit des Hauptbahnhofes mit den Stadt- und Regionalbussen aus mehreren Stadtteilen (z. B. Bännjerrück) ist anzustreben.

Die Linienführung in der Innenstadt ist zu vereinfachen, indem wichtige Straßen wie zum Beispiel Rudolf-Breitscheid-Straße (künftig 102, 106), Richard-Wagner-Straße (künftig 112, 115), Eisenbahnstraße (105, 107) und Königstraße (103,111) in beide Richtungen befahren werden.

Das künftige Stadtviertel auf dem alten Pfaff-Gelände muss mit Fahrrad und ÖPNV gut erreichbar sein. Hierfür könnten ein zentrale Radwegeverbindung mit anschließender Fahrradstraße in der Albert-Schweitzer-Straße, eine zentrale Buslinienführung durch das ehemalige Pfaffgelände und ein ausgebauter Bahnhaltdepotkaiserlautern Pfaffwerk Optionen sein.

Die Durchlässigkeit der Königstraße in Höhe der Einkaufsmärkte ist zu verbessern, zum Beispiel durch eine durchgängige innere Erschließungsstraße parallel zur Königstraße.

Zwischen dem Einkaufszentrum Mercado an der Hohenecker Straße und der Innenstadt ist ein 15-Minuten-Takt einzuführen.

Die Bus-Vorrangschaltung zur Beschleunigung des Busverkehrs im Innenstadtbereich ist wiederherzustellen.

Auf dem Gelände der Universität ist eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen.

Wir plädieren für eine Neugestaltung der Ortsdurchfahrt Hohenecken im Verlauf der Bundesstraße 270.

Ampelanlagen – bestehende wie geplante – im Stadtgebiet sind auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Zebrastreifen und Bremsschwellen können Alternativen sein.

Wir setzen uns ein für die zügige Instandsetzung von Fußgänger- und Radwegen in Kaiserslautern durch ein mobiles Stadtbildpflege-Team.

Wir setzen uns ein für eine Änderung der StVO, um innerörtliche streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h durchgängig auch auf Straßen des übergeordneten Verkehrs bei umgebender Wohnbebauung zu ermöglichen. Beispiele hierfür sind die Burgherrenstraße in Hohenecken (Kreisstraße) oder die Zollamtstraße am Bahnhof in KL (Bundesstraße).

Dafür setzen wir GRÜNE uns künftig für Sie im Landkreis Kaiserslautern ein:

Wir engagieren uns für einen durchgehenden Radweg zwischen Weilerbach, Otterbach und Kaiserslautern, der die ökologischen Gegebenheiten entlang der Bachbahntrasse berücksichtigt.

Im Ramstein sollen die Wege zwischen Bahnhof und ZOB vereinfacht und verkürzt werden, um Umsteigezeiten einhalten zu können.

Der Verlauf der Regionalbuslinie 142 (Ramstein – Schönenberg-Kübelberg) ist zwischen Hütschenhausen/Ortsmitte und Bahnhof Bruchmühlbach-Miesau zu optimieren. Hierzu schlagen wir einen zukünftigen Verlauf zwischen Hütschenhausen und Hauptstuhl-Ortsmitte vor, um S-Bahn-Züge und Züge des Nahverkehrs zu erreichen, die innerörtliche Verbindung zur Bahn in Bruchmühlbach zu gewährleisten und vor allem die gegenwärtig wenig sinnvolle doppelte Befahrung der Bahnhofstraße bei Hin- und Rückfahrt in Miesau zu beenden.

8. MILITÄRPRÄSENZ STETIG REDUZIEREN

Die einseitige Abhängigkeit und überproportionale Belastung der Region durch die konzentrierte Militärpräsenz lehnen wir ab. Wie setzen uns ein für einen stetigen und gut geplanten Abbau der Militärpräsenz in der Region, begleitet von der Konversion der Liegenschaften zur zivilen Nutzung. Der gesamte Flächenbedarf für neue Industrie- und Gewerbeflächen in Stadt und Landkreis bis 2040 könnte von lediglich 4 % der derzeit militärisch genutzten Flächen gedeckt werden, ohne erneut Acker- oder Grünland zu versiegeln.

Die Westpfalz und insbesondere die Region um Kaiserslautern weisen eine beispiellose Konzentration von militärischen Einheiten auf. Dies bringt neben der kulturellen Bereicherung und Steigerung der Wirtschaftskraft durch die hier lebenden Militärangehörigen auch erhebliche Belastungen mit sich. Hierbei sind insbesondere der Fluglärm, die Belastung der öffentlichen Infrastruktur, die Erhöhung der Müllmengen, die Belegung von großen Flächen und die Belastung der Umwelt durch die Aktivitäten des Militärs (z. B. Verunreinigung des Grundwassers unter der Airbase Ramstein mit Kohlenwasserstoffen und PFT) zu nennen. Unklar ist immer noch, inwieweit diese Belastungen durch Wirtschaftskraft, Schlüsselzuweisungen und zusätzliche Zuweisungen von Bund und Land ausgeglichen werden, und ob die große Militärpräsenz damit insgesamt wirtschaftlich positiv oder belastend ausfällt. Die zivilen Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer beim Militär spielen entgegen der öffentlichen Wahrnehmung eine immer geringere Rolle. Klar ist aber in jedem Fall die labile wirtschaftliche Abhängigkeit der Region von der Militärpräsenz.

Mittelfristig ergibt sich mit der Konzentration von US-Militär das Risiko eines Wirtschaftseinbruchs in der Region. Denn es ist absolut nicht undenkbar, dass die Truppen zum Beispiel nach einem Politikwechsel in den USA oder in Deutschland relativ schnell abgezogen oder in andere europäische Länder verlegt werden. Man stelle sich nur eine Konfrontation der US Regierung unter Präsident Trump mit einer deutschen Regierung vor, die endlich einmal offen berechtigte Kritik an menschenrechtswidrigen Praktiken wie Folter, Freiheitsentzug auf unbestimmte Zeit und ohne Gerichtsverfahren oder gezielten Tötungen von Verdächtigen mittels bewaffneter Drohnen übt. Trump stellt das atlantische Bündnis sowieso infrage. Ein schneller Abzug des US Militärs ist heute überhaupt nicht mehr undenkbar. Anders als in Deutschland ist es in Amerika auch egal, ob gerade Kasernen für viel Geld renoviert wurden und ein US Hospital für 1 Mrd US\$ gebaut wurde. Das sind nach amerikanischer Philosophie „Sunk Costs“, versenkte Kosten, die in Entscheidungen über die Zukunft keine Rolle spielen.

Was passiert bei einem relativ schnellen Abzug des Militärs aus der Region? Es werden viele relativ hochwertige Häuser und Wohnungen leer stehen, auf welche die Altersvorsorge vieler Immobilienbesitzer gestützt ist. Durch diesen Druck werden auch der Wert und die Mieten anderer Häuser massiv einbrechen, Neubaugebiete können nicht mehr vermarktet werden, innerörtlicher Leerstand wird verstärkt.

Statt der weiteren Konzentration sollten wir einen stetigen und kontrollierten Abbau der Militärpräsenz in der Region anstreben. Dieser Abbau muss von einem vorausschauenden Konversionsprogramm für militärische Liegenschaften begleitet werden, um gleichzeitig andere Arbeitsplätze und zivile Wertschöpfung in die Region zu holen. Ein Element der Konversionsstrategie sollte auch die Nutzung der bestehenden guten Kontakte zur Ansiedlung von zivilen amerikanischen Betrieben und Institutionen sowie zur verstärkten Forschungskooperation mit amerikanischen Instituten sein.

Die frühzeitige Übergabe von militärischen Liegenschaften erleichtert es zudem, in deren Bereich die Identifizierung und Sanierung von Umwelt-Altlasten voranzutreiben. Zum einen, weil die Sanierung von sich in Boden und Grundwasser ausbreitenden Verschmutzungen mit weiterem Abwarten erheblich teurer wird, aber auch, weil jetzt der Verursacher noch identifiziert werden kann und Informationen über möglicherweise belastende Aktivitäten und Stoffe noch vorhanden und zugänglich sind. Zusätzliche Kosten durch die Untersuchung und eventuelle Dekontamination von Militärliegenschaften werden dabei zumindest teilweise durch gesparte Kosten bei der Erschließung ausgeglichen.

Ein unerwarteter, schneller Abzug von Militäreinheiten könnte für die Region große Härten erzeugen und uns auf ungeklärten Umweltlasten sitzen lassen. Wir wollen dieses Risiko durch vorausschauendes Handeln und stetige Konversion der starken Militärkonzentration in der Westpfalz reduzieren. All das ist ein langer Prozess, den wir mit dem kürzlich auf Initiative der GRÜNEN erstellten Konversionskataster und einer vorrangigen Konversion von militärischen Liegenschaften zur Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen jetzt beginnen sollten.

9. GANZHEITLICHE VERSORGUNG FÖRDERN – GESUNDHEIT STÄRKEN

9.1 Daseinsvorsorge für stationäre und ambulante ärztliche Versorgung

Gesundheit muss erklärtes Ziel unseres Gesundheitssystems bleiben mit effektiver klinischer, fachärztlicher und einer persönlichen Medizin der Hausärzte vor Ort.

Gerade Haus- und Kinderarztpraxen bedürfen unseres Schutzes, da sie für eine wohnortnahe präventive Medizin von entscheidender Wichtigkeit sind.

Unser Land steuert auf ein Problem zu, das uns alle betrifft: In ein paar Jahren wird sich die Zahl der tätigen Hausärzt*innen, besonders auf dem Land, dramatisch ausdünnen. Die Basis unseres Gesundheitssystems, die wohnortnahe medizinische Versorgung, kann nicht mehr sichergestellt werden. Programme, die Studienplätze speziell für Studierende schaffen sollen, die sich schon bei Studienbeginn als Landarzt verpflichten, oder auch Lösungen mit Telemedizin werden den zukünftigen Mangel an persönlicher, integrativer Medizin vor Ort mit Vor- und Nachsorge, Ernährungsberatung, Umweltmedizin und Psychosomatik nicht allein kompensieren können.

Wo Praxen altersbedingt ohne Nachfolge geschlossen werden, könnten Arzthelfer*innen und Krankenpfleger*innen für eine medizinische Infrastruktur als Gemeindeschwestern verpflichtet werden, um für die Bevölkerung wenigstens einen Ansprechpartner bereitzuhalten. Die Einrichtung von Ärztezentren und Gemeinschaftspraxen kommt den Bedürfnissen heutiger Jungärzte entgegen und könnte zur Lösung beitragen.

Das erfolgreiche Pilotprojekt "Gemeindeschwester+" möchten wir fortführen und insbesondere im Landkreis weiter ausdehnen. Die Gemeindeschwester+ berät Senior*innen über Hilfsangebote und vernetzt professionelle und ehrenamtliche Akteure und ermöglicht so vielen Menschen, länger in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben. Finanziell wäre dies für den Staat ein Nullsummenspiel, wenn es einer Gemeindeschwester+ gelingt, dass im Durchschnitt über die Jahre 5 Personen zuhause bleiben können, statt in ein teures Pflegeheim zu ziehen. Wo diese Einsparungen im Haushalt anfallen, soll untersucht werden und auf eine entsprechende Verteilung der Kosten für die zusätzlichen Gemeindeschwester+ Stellen hingewirkt werden.

Um zu überprüfen, inwieweit die hohe Belastung durch die Auswirkungen der großen Militärpräsenz, Kerosinablässe des Luftverkehrs und der sonstigen Schadstoffbelastung

durch Industrie, Verkehr und Landwirtschaft die Bevölkerung konkreten gesundheitlichen Risiken aussetzt, fordern wir, das Krebsregister auf neurologische Erkrankungen auszuweiten. Gesundheit vor Ort mit Schutz und Versorgung ist unser GRÜNES Programm, um die dörfliche Kulturlandschaft zu erhalten.

Auch das Westpfalz-Klinikum als Maximalversorger muss weiterhin gestärkt werden. Wichtige Sanierungsarbeiten müssen unterstützt, Personalabbau, vor allem bei Personal mit Patientenkontakt, muss verhindert werden.

9.2 Ausbildung von Gesundheitsfachberufen fair gestalten

Wir begrüßen die Übernahme der Physiotherapieschule der Akademie für Gesundheitsfachberufe durch das Westpfalz-Klinikum und freuen uns, dass die Physiotherapieausbildung in Kaiserslautern nun staatlich getragen und kostenfrei ermöglicht wird. In diesem Zusammenhang muss nun auch über eine Vergütung der Physiotherapieschüler*innen in ihrer Ausbildungszeit nachgedacht und verhandelt werden.

Ebenso erhoffen wir uns eine baldige Kostenübernahme der Ausbildungskosten von Logopädie- und Ergotherapieschüler*innen und möchten das mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Patientengerechte Versorgung kann nur gelingen, wenn das Wohlergehen aller ärztlichen, pflegerischen und therapeutischen Fachkräfte in den Fokus der Politik zurückkehrt.

10. BILDUNG, WISSENSCHAFT, KULTUR

10.1 Bildung als Grundlage fürs Leben

Wohnortnahe Bildung verkürzt Schulwege, stärkt den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Gemeinden und Stadtviertel und macht es einfacher, Eltern in die pädagogische Arbeit mit einzubeziehen. Eine entsprechende Schulversorgung muss auch bei schwankenden Schülerzahlen gewährleistet werden. Schulische Infrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, deren Erhalt und Pflege für uns eine Notwendigkeit ist. Kaiserslautern ist eine Stadt der Schulen und erfüllt damit eine wichtige Oberzentrumsfunktion für die ganze Region. Deshalb gilt für uns: Alle Schulstandorte im Stadtgebiet sind zu erhalten und den aktuellen pädagogischen, infrastrukturellen und energetischen Anforderungen angemessen auszustatten. Auch im Landkreis setzen wir uns für den Erhalt und die Stärkung bestehender Schulen ein. Schulgebäude sind täglich sauber und funktionsfähig zu halten, regelmäßig zu renovieren und dürfen nicht zu Ruinen verkommen, deren Abriss billiger als die Sanierung ist.

Aus Fehlern der Vergangenheit ist zu lernen:

- Rückstände in der Bauunterhaltung sind so schnell wie möglich abzuarbeiten
- Alle Schulen müssen mit einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur ausgestattet werden
- Hausmeister- und Sekretariatsstellen müssen zur Genüge vorhanden sein

Besonders die Grundschulen sind uns ein Anliegen, um die Stadtteile und Gemeinden familienfreundlich und zukunftsorientiert zu gestalten. Kleinere Schulen wie die Grundschule in Erlenbach sind zu erhalten, da die Schülerzahlen in der Zukunft wieder steigen werden. Für Siegelbach ist die Wiedereröffnung der Grundschule anzustreben, um den längeren Schulweg der Siegelbacher Kinder nach Erfenbach zu vermeiden. Größere Neubaugebiete in diesem Stadtteil werden auch zu mehr schulpflichtigen Kindern führen. Ähnlich zeigt sich aus unserer Sicht die Situation der Grundschule Dansenberg, die an ihre Kapazitätsgrenze stößt. An diesem Standort ist für eine Erweiterung um mindestens zwei Klassenräume zu sorgen. Diese Erweiterung würde auch die Unterbringung der örtlichen Nachmittagsbetreuung in der Grundschule ermöglichen. So könnten Nutzungskonflikte in den Räumlichkeiten der städtischen Kindertagesstätte „Villa Winzig“ oder die langfristige Anmietung anderer Räumlichkeiten vermieden werden.

Ebenso setzen wir uns für den Erhalt der Schule am Beilstein ein, da diese Förderschule trotz der Inklusion in Regelschulen unverzichtbar ist. Ein Verkauf dieser Gebäude an etwaige private Träger, um an diesem Standort beispielsweise eine „Internationale Schule“ einzurichten, wird auch künftig von uns GRÜNEN abgelehnt werden. Auch hier ist der Schulträger gefordert, in diesem Fall Stadt und Landkreis Kaiserslautern, längst fällige Sanierungsmaßnahmen zur Bauunterhaltung einzuleiten.

Für die Hauptschule Bännjerrück ist ein Konzept zur schulischen Nachnutzung dieser Liegenschaft für die Zeit zu erarbeiten, wenn die Schiller-Schule diese Gebäude wieder verlassen hat und in ihr angestammtes Gebäude auf dem Fischerrück zurückgekehrt ist. Es ist zu prüfen, inwieweit diese Schule zum Beispiel an einen anderen Träger für schulische Zwecke verpachtet werden kann. Eine Entwidmung dieser Liegenschaft von schulischen Zwecken lehnen wir ab.

Die Schließung der Grundschule in Frankenstein bedauern wir sehr, zumal das Konzept einer Biosphärenscheule nun keine Chance mehr bekommt.

Die jährlichen Anmeldezahlen an den integrierten Gesamtschulen in Kaiserslautern sind nach wie vor sehr hoch. Diese hohe Nachfrage ist für uns GRÜNE Anlass, diese Schulform in Kaiserslautern weiter zu stärken. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, die Lina-Pfaff-Realschule+ zu einer integrierten Gesamtschule weiterzuentwickeln.

Die Renovierungen der Berufsbildenden Schule 2 (BBS 2), des Schulzentrums Süd und der Neubau der Betzenberg-Grundschule sind im Interesse der Kinder und der Lehrkräfte zügig weiterzuführen bzw. zu beginnen.

Die Fortführung der Schulsozialarbeit in Kaiserslautern ist ein Erfolg der letzten Jahre und deren Notwendigkeit ist offensichtlich. Trotz enger finanzieller Spielräume regen wir an, die Schulsozialarbeit auch an Gymnasien sukzessive einzuführen, da es auch an dieser Schulform einen entsprechenden Bedarf gibt.

Wir setzen uns dafür ein, der großen Nachfrage nach Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung besser nachzukommen, diese qualitativ aufzuwerten und kostenfrei zu gestalten.

Ein gesundes Mittagessen ist besonders für Kinder ein Muss. Daher fordern wir an jeder Ganztagschule im Kreis Kaiserslautern und der Stadt ein gesundes, regionales und ökologisch nachhaltiges Mittagessen.

Der Aufbau inkludierter Klassen muss auch weiterhin im Fokus der Politik bleiben. Gemeinsam mit allen Akteuren müssen praktikable Lösungen gefunden werden, wie Inklusion auch langfristig in Schulen möglich sein kann, sodass alle Kinder profitieren.

Wir setzen uns an dieser Stelle für Chancengleichheit und eine offene und tolerante Gesellschaft ein, denn jedes Kind ist eine Chance für unsere Gesellschaft.

Auch die Schulbibliotheken liegen uns am Herzen. Leider geraten diese oft in den Hintergrund, da sie häufig nicht in den Schulalltag integriert sind und Schüler*innen oft nicht wissen, welche Bücher sie in ihrer Bibliothek finden können. Deshalb möchten wir eine Vernetzung der Schulbibliotheken untereinander und mit der Stadtbibliothek voranbringen, die die Möglichkeit eines zentralen Onlinekatalogs bietet, um so mehr Transparenz für Schüler*innen herzustellen.

Den geplanten Aufbau eines städtischen IT-Netzwerks für Schulen in Kaiserslautern möchten wir positiv begleiten. Wichtig ist uns hier eine nachhaltige Personalausstattung, mit der die Aufgaben des Supports und der Wartung auch an den Schulen vor Ort dauerhaft zufriedenstellend geleistet werden können.

Wir plädieren dafür, dass sich die Stadt Kaiserslautern gemeinsam mit anderen rheinland-pfälzischen Städten dafür einsetzt, dass die Wohnortgemeinde der Schüler*innen auch die Kosten für den Schulbus übernimmt. Bestehende Schlüsselzuweisungen sind dabei zu berücksichtigen. Darüber hinaus fordern wir, dass das Land Rheinland-Pfalz die tatsächlichen Verwaltungskosten der Schulbuchausleihe trägt.

Um den Bürger*innen einen barrierefreien und transparenten Zugang zu passender Bildung zu ermöglichen, ist es aus unserer Sicht wichtig, niederschwellig zu informieren, welche Bildungsangebote es in Stadt und Landkreis gibt und wie sie wahrgenommen werden können. Zu diesem Zweck schlagen wir die Einrichtung eines digitalen Bildungsatlas' vor, über den Bürger*innen schnell und unkompliziert nach passenden Angeboten für ihre Belange suchen können und informiert werden.

Wenn es um Bildung für alle geht, sind unsere Volkshochschulen von großem Wert. Aus diesem Grund ist es zwingend erforderlich, dass Zuschüsse weiterhin gesichert werden. Darüber hinaus wollen wir die Vernetzung der Volkshochschulen in Stadt und Kreis unterstützen und Synergien prüfen und nutzen.

10.2 Wissenschaftsstandort Kaiserslautern nutzen

In der Stadt Kaiserslautern haben sich in Nachbarschaft zum Universitätsgelände mehrere wichtige Forschungseinrichtungen angesiedelt. Dies ist eine große Chance für Kaiserslautern. Damit kann das enge Zusammenspiel von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen weiter gefördert und ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Forschung auch für die Entwicklung unserer Stadt eingesetzt wird und

dass sich Forschungs- und Produktionsstätten ansiedeln, die sich der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet fühlen.

In einer wissenschaftsorientierten Stadt ist der uneingeschränkte Zugriff auf freies Internet eine Voraussetzung für kreatives und innovatives Arbeiten. Dies muss zumindest in der gesamten Innenstadt sichergestellt werden. Die Stadt kann so als großer Co-Working-Space begriffen werden. Das macht sie attraktiv und ermöglicht das individuelle Gestalten des Arbeitsalltags.

10.3 Kulturelle Vielfalt erhalten

Kaiserslautern hat eine bunte und vielfältige Kulturszene. Diese gilt es zu erhalten und zu stärken. Theater, Kammgarn, Musikschule, die Konzertreihen und die Museen sind wichtige Standortfaktoren und stärken Zusammenhalt und Lebensfreude in der Stadt. Möglich wird dies in Zeiten finanzieller Engpässe durch Kooperationen, denn KL gibt von allen größeren Städten im Land am wenigsten Geld für Kultur aus. Diese Kooperationsmöglichkeiten müssen weiter geprüft und ausgeschöpft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Einrichtungen in ihrer Gänze erhalten bleiben und stellen uns klar gegen weitere Budgetkürzungen.

Ebenso gilt es, das Symphonische Blasorchester und das Symphonische Orchester des Landkreises zu erhalten.

Die Stadtbibliothek Kaiserslautern ist die älteste aus öffentlichen Mitteln bezahlte Bibliothek in unserem Land. Darauf sollten wir nicht nur stolz sein, sondern auch dafür sorgen, dass sie als ein kommunikativer, aber auch als ein Ort des Geistes Zukunft hat. Gleichermaßen wollen wir die örtlichen Gemeindebüchereien in den Stadtteilen und im Landkreis unterstützen.

Wir verstehen die freie Kulturszene als Lebensader der Stadt und des Landkreises. Wo Menschen sich barrierefrei beteiligen können, ihre Ideen ausleben und großartige Projekte auf die Beine stellen, entsteht Zusammenhalt und Freude, von der alle Bürger*innen profitieren. Deshalb ist es uns ein Anliegen, möglichst gute Voraussetzungen zu schaffen, damit sich diese Szene weiterhin frei entfalten kann. Dafür muss die Frage nach passenden Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Proben geklärt werden. Darüber hinaus unterstützen wir das Projekt eines Co-Working-Space für die kulturschaffenden Vereine, in dem sich begegnet und gemeinsam gearbeitet werden kann.

10.4 Freizeit und Sport schaffen Lebensqualität

Für uns GRÜNE steht ein Weiterbetrieb der Bäder in Stadt und Landkreis Kaiserslautern

außer Frage. Die hohen Besucher*innenzahlen von Waschmühle und Warmfreibad bestätigen deren Beliebtheit und unterstreichen unsere Forderung, diese zu erhalten und zu pflegen. Auch die Bäder der Orts- und Verbandsgemeinden spielen, trotz der hohen finanziellen Belastungen, eine sehr wichtige Rolle im Sozialleben, leisten einen Beitrag zu Sport und Gesundheit und helfen mit, dass alle Kinder schwimmen lernen.

Die Sportvereine bieten ein unverzichtbares Angebot für Gesundheit, Freizeit und Leistungssport. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sollen die Stadt und die Kommunen im Landkreis sie weiterhin unterstützen und Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

11. DIGITALISIERUNG MIT MUT UND AUGENMASS

11.1 Infrastruktur-Ausbau beschleunigen

Niemand muss das Rad neu erfinden oder sich teure Expertise von fremden Planeten einkaufen.

Kaiserslautern hat im digitalen Bereich seine Leistungsfähigkeit und sein Engagement allenthalben nachgewiesen beim Wettbewerb Digitale Stadt oder etwa bei der kommunalen Informations- und Controlling-Software KLAR der Stadtverwaltung. Deswegen treten wir GRÜNE unbedingt dafür ein, dass der erfolgte Local Turn beibehalten wird mit der Konzentration auf lokale Ideen und Akteure bei der Lösung von Aufgaben, der Verfolgung von Projekten und bei der wissenschaftlichen Begleitung. Forschungsprojekte der Hochschulen in KL wie zum Beispiel „Reviving shrinking cities“ oder die soziodemographische Studie zu „Integration findet Stadt“ bedürfen eines öffentlichen Zugangs. Auch die digitalen Projekte sollen für alle sichtbar sein.

Ansprechpartner, Impulsgeber, Vernetzer, Präsentationsort: Dafür gibt es schon eine Einrichtung, die städtische KL.digital GmbH. Die Leitbilder „Digitale Modellstadt“, „Stadt der Wissenschaft“ und „Null-Emissions-Stadt“ sind zu verknüpfen und als Einheit zu prägen.

Inzwischen herrscht allgemein Konsens, dass für die Grundversorgung schnelles Internet ebenso wie guter Mobilfunkempfang so wichtig sind wie Strom und Wasser; das muss verfügbar sein - in jedem Dorf, an jedem Haus. Und es kann nicht allein dem Marktgeschehen überlassen werden, dies zu regeln und zu gewährleisten. Digitalisierung wie Demokratie funktionieren nur, wenn sie flächendeckend gelingen.

Deswegen setzen wir GRÜNE uns nach dem Glasfaserausbau zugunsten der Bau-AG in KL ein für weiteren zügigen Anschluss von Privathaushalten und Selbständigen, lokalem Handel und Gewerbe - stadtweit und kreisweit. Wenn 2/3 der Arbeitsplätze von mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum liegen, dann muss allein deswegen der deutsche Rückstand beim Internetzugang zügig abgebaut werden.

Die im Juli 2018 novellierte öffentliche Förderung durch Bund und Land und die Koordination zum Beispiel durch das „Netzbündnis für Rheinland-Pfalz“ sind für höheres Ausbautempo zu nutzen. Das bedeutet konkret als unsere Zielvorstellung: Glasfasernetz bis zum Endkunden, 100 Mbit/sec beim Download, Ausrichtung auf 5G-Mobilfunkverbindungen, Einholung und Aufstellung von konkreten Förderprogrammen.

11.2 Digitale Demokratie leben

Mit der fortschreitenden Digitalisierung ergeben sich neue Möglichkeiten, die Demokratie weiter zu entwickeln. Deshalb setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass die digitalen Möglichkeiten zur Verbesserung der Transparenz umgesetzt werden. Dies umfasst die digitale Bereitstellung aller möglichen Verwaltungsdaten, unter anderem auch die Bereitstellung eines digitalen Amtsblattes in allen Kommunen.

Auf der anderen Seite stehen kommunale Institutionen, die auf Althergebrachtes vertrauen, statt digitale Formen der Mitbestimmung dort zu nutzen, wo sie sinnvoll sind, sowie engagierte Bürger*innen, die allzu oft zu wenig Gehör finden.

Digitale Demokratie kann, wenn sie richtig gelebt und genutzt wird, neue Gruppen in die politische Diskussion bringen, Bürger*innen stärker in politische Entscheidungen einbinden oder auch die Beziehungen in politischen Gemeinden verbessern - in Kaiserslautern und Umgebung kein unnötiges Unterfangen. So entsteht ein gelebtes Verhältnis zur Demokratie und die Politik erhält zusätzliche Legitimation. Ein Ziel, hinter dem wir GRÜNE mit Nachdruck stehen. Wir wollen die digitalen Angebote nutzen, um bei der oftmals vorhandenen Diskrepanz zwischen Bürgerwahrnehmung und Expertenansicht der Verwaltung zu vermitteln.

Digitale Demokratie umfasst die neuen Möglichkeiten zur Verbesserung demokratischer Prozesse sowie zur politischen Aktivierung mittels Technologie.

Diese neuen technologischen Möglichkeiten wollen wir GRÜNE systematisch nutzen, um bisher erprobte und vernünftige Informationskanäle zu ergänzen. Wir wollen digitale Maßnahmen sinnvoll strategisch abstimmen mit analogen Maßnahmen und der wichtigen persönlichen Interaktion. Demokratische Prozesse können niemals nur online oder offline gelebt werden, daher haben integrierte Maßnahmen die beste Chance, Partizipation zu unterstützen, d.h. wir wollen bewährte Konzepte wie Bürgeranhörungen, öffentliche Sitzungen etc. nicht ersetzen, sondern ergänzen. Die Bürgerbeteiligung kann sich erstrecken auf

- Information
- Mitwirkung
- Mitentscheidung
- Entscheidung

und soll künftig immer auch die digitalen Möglichkeiten explizit berücksichtigen. Dabei werden wir immer beachten, dass Projekte von beiden Seiten (von der Verwaltung oder durch Bürgerengagement) angestoßen werden können.

Die digitalen Möglichkeiten, die wir berücksichtigen werden, können Informations- und Transparenzzwecken dienen. Hier ziehen wir Informationsplattformen, Foren, Chats und Online-Konsultationen in Betracht, aber auch öffentlich zugängliche Information und Daten, welche die Bürgerposition stärken, indem sie (Regierungs-)Handeln nachvollziehbar machen.

Deshalb setzen wir uns ein für die stetige Erweiterung und Fortschreibung solcher Plattformen, wie es die Transparenz-Plattform des Landes Rheinland-Pfalz oder die Controlling-Software KLAR der Stadtverwaltung Kaiserslautern darstellen.

Darüber hinaus wollen wir auch die Partizipation durch Eingaben in Gremien, ggf. mit Antwortpflicht, Portale, Panels, aktive Bürgerbefragungen oder Bürgerabstimmungen mittels Online-Tools ausweiten und vertiefen. Dabei wollen wir auf Erfahrungen und Technologien anderer Kommunen zurückgreifen, die bereits erfolgreich digitale Methoden angewandt haben.

Um die genannten Mittel nachhaltig zu nutzen, treten wir GRÜNE dafür ein, die Bürger*innen im kompletten Prozess des jeweiligen Vorhabens einzubinden. Dadurch kann eine gute Akzeptanz erreicht und allen ihr Einfluss auf Entscheidungen aufgezeigt werden. Auf der Seite von Verwaltung und Behörden wollen wir auch dort für Unterstützung sorgen, damit die Mitarbeiter*innen in Stadt und Kreis sowie die Mitglieder verschiedener Gremien Bürgerbeteiligung als Bereicherung ansehen können. Die Anbindung an den politischen Prozess soll realistisch und nachvollziehbar sein.

Bei allen Entwicklungen hin zur Digitalisierung wollen wir sicherstellen, dass stets alle Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit der Beteiligung an allen Prozessen haben.

11.3 Potentiale von Open Data nutzen

Demokratie lebt von der Mitwirkung aller Bürger*innen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Politik, Bürger*innen und Verwaltung ist eine gemeinsame Informationsbasis. Wir GRÜNE setzen uns für mehr Transparenz und Offenheit in politischen Entscheidungsprozessen ein.

Verwaltungsdaten wie beispielsweise Statistiken, Geodaten oder Umweltinformationen sollen daher nach Open Data Kriterien öffentlich zugänglich gemacht werden, sofern der Veröffentlichung keine Hinderungsgründe entgegenstehen. Das bedeutet, dass die erhobenen Rohdaten zeitnah und gebührenfrei in maschinenlesbarer Form über das Internet zur Verfügung gestellt werden. Offene Formate und offene Lizenzen ermöglichen eine umfassende Weiterverwendung und schöpfen so auch das wirtschaftliche und wissenschaftliche Potential der Daten aus. Hierfür ist es notwendig,

dass bei Neuanschaffungen von Software darauf geachtet wird, dass diese offene Schnittstellen unterstützt.

11.4 Digitale Bürgerdienste anbieten

Wir GRÜNE wollen das Angebot digitaler Bürgerdienste vorantreiben und weiter ausbauen, damit unter anderem lange Behördengänge erspart werden können. Dafür wollen wir uns für den Ausbau der Online-Ausweisfunktionen stark machen, so dass vieles bequem von zuhause aus erledigt werden kann. Außerdem wollen wir eine für jede*n einfach zu erreichende Informationsseite für Bildungs-, Selbsthilfegruppen- und Vereinsangebote der Stadt Kaiserslautern etablieren, mit welcher stundenlanges Suchen nach solchen reduziert werden kann und eine zentrale Plattform geschaffen wird, welche bequem mobil oder auch von daheim zu erreichen ist. Zusätzlich dazu möchten wir eine digitale Übersichtskarte mit Radwegen in und um Kaiserslautern anlegen, welche das Radfahren attraktiver machen soll.

11.5 Digitale Bildung voranbringen

Wir GRÜNE legen besonderen Wert darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Schülerinnen und Schüler die notwendigen Kompetenzen erlangen, um die Digitalisierung gestalten zu können. Die Herstellung der notwendigen digitalen Infrastruktur in unseren Schulen ist zwingend erforderlich, um Digitalkompetenz vermitteln zu können und der fortschreitenden Weiterbildung unserer Lehrkräfte gerecht zu werden. Neben der Herstellung der notwendigen Netzwerkinfrastruktur ist es für uns vor allem wichtig, die Potentiale der digitalen Lehrmittel auszuschöpfen, was durch Investitionen in geeignete Hardware sichergestellt werden soll. Dem Einsatz von digitalen Medien stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber und sehen großes Potential durch den Einsatz von E-Books im Unterricht.

Da die Administration der bisherigen Infrastruktur in den Schulen weitestgehend von freiwilligen Lehrkräften oder Eltern erledigt wird, streben wir eine Zentralisierung der kritischen Infrastruktur an sowie eine einheitliche und nachhaltige Administration durch städtisches Personal. Wichtiges Ziel digitaler Bildung ist unseres Erachtens die Vermittlung der Grundprinzipien des Datenschutzes, der Datensparsamkeit und Datenvermeidung sowie einer allgemeinen digitalen Medienkompetenz.

12. FINANZEN UND HAUSHALT

Die Verschuldung der Stadt konnte auch in den letzten Jahren nicht gestoppt werden. Das städtische Eigenkapital ist wahrscheinlich im Laufe des Jahres 2019 aufgebraucht und damit liegt eine Überschuldung vor. Eine Konsolidierung des Haushalts der Stadt Kaiserslautern aus eigener Kraft ist nicht realistisch. Zwar konnte das Tempo der Verschuldung deutlich verringert werden, aber dennoch schloss die Stadt Kaiserslautern im Jahr 2016 mit ca. 22.500.000 Euro Jahresfehlbetrag ab. Dabei ist festzustellen, dass der Sozialhaushalt mit ca. 50.000.000 Euro zu Buche schlägt. Würden sich das Land Rheinland-Pfalz und der Bund angemessen an diesen notwendigen Ausgaben beteiligen, könnte Kaiserslautern aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und bräuchte keine Genehmigung der Etats durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion.

Aus diesem Grund lehnen die GRÜNEN Forderungen nach Einsparungen bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“, die die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier jährlich aufstellt, ab. Denn: Selbst wenn wir alle Sport-, Kultur- und Sozialeinrichtungen schließen würden, wäre der Haushalt noch immer nicht ausgeglichen, da diese Kosten jährlich auf ca. 19.000.000 Euro gedeckelt sind.

Im Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen gilt es, Synergien bei den Verwaltungsabläufen zu heben, auch mit der Stadt, und nach Vorbildern in anderen Landkreisen und Kommunen zu suchen, um von diesen zu lernen. Ursachenbekämpfung ist ein Ansatz, bei dem sich mit ausreichender Analyse der Zusammenhänge aus gewünschten, aber „zu teuren“ Maßnahmen schlussendlich eine Verbesserung der Lebensqualität und sogar eine Nettoeinsparung ergeben kann. So zeigt der kürzlich mit dem „Spar Euro“ ausgezeichnete Landkreis Ahrweiler, dass durch zusätzliche Ressourcen, zum Beispiel im Jugendamt, insgesamt Kosten gespart werden konnten. Ähnliche Dynamiken sind auch im Kreis Kaiserslautern zu beobachten, wo wir zum Beispiel durch die Gemeindegewerkschaft+ Sozialleistungen für teure und von den Menschen meist ungewollte Betreuung in Pflegeheimen einsparen oder durch Aufstockung von Jugendsozialarbeit und Jugendamtsbesetzung die teure und oft traumatisierende Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen zumindest in einigen Fällen vermeiden könnten.

Wir GRÜNE setzen uns für einen gerechten kommunalen Finanzausgleich ein und für das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“. Darüber hinaus fordern wir für die Altschulden der Kommunen einen landesweiten Entschuldungsfonds. Das derzeitige Zinsniveau bietet

hierfür beste Voraussetzungen. Uns ist klar, dass solche Strukturreformen nur auf politischem Wege, durch beharrliche Überzeugungsarbeit mit der Landesregierung auszuhandeln sind. Wir sehen in diesem Zusammenhang Klagen gegen das Land kritisch. Das ist reiner Aktionismus! Denn im besten Falle müsste die Landesregierung Gesetze ändern und es würden keine unmittelbaren Zahlungen daraus resultieren.

Wir GRÜNE pochen darauf, dass das öffentliche Leben in Kaiserslautern nicht kaputtgespart wird. Die Jugend- und Kulturarbeit, Freizeitangebote wie Schwimmbäder, Zoo und Wildpark oder die Sportförderung sind beispielhafte Bereiche, die zu einer lebenswerten Stadt gehören und weiche Standortfaktoren darstellen, deren Finanzierung auch künftig gesichert sein muss.

Die städtische Verwaltung muss handlungsfähig bleiben.

Einsparungen im städtischen Haushalt dürfen nicht mit der „Rasenmäher-Methode“ vorgenommen werden. Es müssen politische Schwerpunkte gesetzt werden, damit die Ausgaben sozial gerecht und ökologisch sinnvoll erfolgen.

Weitere Kürzungen sowie Steuererhöhungen zu Lasten der Bürger*innen sind nicht mehr zumutbar. Diese Möglichkeiten zur Haushaltsverbesserung sind ausgereizt.



Dieses Kommunalwahlprogramm wurde auf der Mitgliederversammlung
am 15.11.2018 in Kaiserslautern beschlossen.

Herausgeber*in:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Kaiserslautern

Trippstadterstr. 25

67663 Kaiserslautern

Telefon: 0631 31090225

Fax: 0631 31090227

E-Mail: mail@gruene-kl.de

Internet: www.gruene-kl.de

V.i.S.d.P.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Kaiserslautern

Niko Markus

Trippstadterstr. 25

67663 Kaiserslautern